

Übersicht

24.05.05

Die OP berichtet erstmalig über das „für Kunden aus weiten Teilen Mittelhessens“ geplante Großbordell mit Sex Shop und Table Dance. Die Umbauarbeiten seien voll im Gange, allerdings liege noch kein Nutzungsänderungsantrag/Bauantrag bei der Stadt vor. (Das Gebäude Siemensstraße 10 gehörte einer insolventen Computefirma und war – laut OP – an „auswärtige Investoren“ verkauft worden).

01.07.05

Die „BürgerInneninitiative gegen die Einrichtung eines Großbordells in Marburg-Wehrda“ gründet sich. Beginn der Unterschriftensammlung

07.07.05

Die Stadtfraktion Bündnis 90/Die Grünen wenden sich an den Regierungspräsidenten in Gießen. Sie weisen auf den durch das geplante Bordell für die *Diskotheek Fun Park* gefährdeten Jugendschutz und die Möglichkeit einer Sperrbezirksveränderung hin. **Mit Schreiben vom 18.07.05 an die Grünen teilt der RP mit, dass sein Haus gerne bereit sei, einen Änderungsantrag zu prüfen, sobald ein mehrheitliches Votum des Stadtparlaments vorliege.**

11.07.05

Im Sorathotel findet eine Tagung zum Thema „Gewalt gegen Frauen“ statt. Eine dort ausliegende Unterschriftenliste der BI nimmt OB Vaupel in seinem Grußwort zum Anlass zu der Mitteilung, **die Stadt könne das Bordell nicht verhindern, andernfalls würden erhebliche Regressforderungen von Seiten der Betreiber/Investoren auf Marburg zukommen.**

22.07.05

Die BI beantragt mit Schreiben vom 22.07.05 einen **Baustopp** für die ohne Bauantrag mit Wissen der Stadt bis dahin fortgeführten Umbauarbeiten an dem Gebäude Siemensstraße 10. Am 26.07. liegt unser Schreiben OB Vaupel und Bürgermeister Kahle vor. Am 27.07.05 wird der Baustopp erlassen. Ein Bauantrag der „Betreiber“ liegt unseres Wissens zu diesem Zeitpunkt immer noch nicht vor.

25.08.05

Die OP berichtet 4 Wochen später über den am 27.07. erlassenen Baustopp, erwähnt aber nicht, dass dieser von der BI beantragt worden war.

OB Vaupel wird zitiert: **„Bevor das Genehmigungsverfahren nicht abgeschlossen ist, kann nicht einfach gebaut werden.“** Gerade bei Projekten, die in der öffentlichen Diskussion stehen, sei die Sensibilität der Bauaufsicht natürlich besonders geschärft, äußert Vaupel gegenüber der OP.

01.09.2005:

Die Ärztin Dr. Monika Hauser, Begründerin von *medica mondiale* hält einen Vortrag über die Situation von Mädchen und Frauen in Kriegs- und Krisengebieten und stellt besonders auch **die Situation von Zwangsprostituierten** dar.

14.09.05

Die BI übergibt OB Vaupel die ersten 2000 Unterschriften. Auf die Kritik der BI, dass fast drei Monate lang illegale Umbauarbeiten in der Siemensstraße 10 mit Wissen der Stadt getätigt wurden, antwortet der OB: **Das sei allgemein so üblich, dass ohne Baugenehmigung mit den Bauarbeiten begonnen würde. (Im vorliegenden Fall lag jedoch noch gar kein Bauantrag vor).**

16.09.05

Ein „**Runder Tisch**“ findet statt, zu dem OB Vaupel eingeladen hat und an dem die „politischen, soziologischen und kriminologischen Aspekte von Frauenhandel und Zwangsprostitution“ erörtert werden sollen. TeilnehmerInnen: OB Vaupel, die Vorsitzende der Gleichstellungskommission, die Gleichstellungsbeauftragte, der Direktor des Bauamtes, die Leiterin des Gesundheitsamtes, der Leiter des Ordnungsamtes, ein Vertreter der Arbeitsagentur, der Polizeidirektor, drei Vertreter/innen der BürgerInneninitiative und zwei Juristen. Erst in diesem Gespräch erwähnt Vaupel, dass außer dem Sex Shop, Table Dance und Bordell auch ein Laufhaus vorgesehen sei. Dies war bis dahin nicht bekannt. **Weder der OB noch der Bauamtsdirektor können die Frage, was ein „Laufhaus“ sei, beantworten.**

17.09.05

Unter der Überschrift **„Betreiber weist Kritik von Bordellgegnern zurück – Vereinbarung über Kontrollmöglichkeiten für Ordnungsbehörde ausgehandelt“** berichtet die OP am 17.09.05 über ein Gespräch, das der Lokalredakteur Girgert mit dem „Betreiber“ geführt hat. **Danach haben bereits vor dem „Runden Tisch“ Gespräche der Polizei und der Ordnungsbehörde mit dem „Betreiber“ stattgefunden.** Laut OP wurde eine „Vereinbarung über vertrauensbildende Maßnahmen“ ausgehandelt. Dazu zählte auch, dass der Betreiber – um eine von dem Bordell ausgehende Gefährdung für Jugendliche zu verhindern - das gesamte Gebäude mit Hilfe von Videokameras und durch Wachpersonal überwachen lassen werde.

MARBURG 78111
Bordellbetreiber weist Kritik zurück
Der Betreiber des geplanten Bordells weist Bedenken der Gegner wegen Zwangsprostitution zurück.

Betreiber weist Kritik von Bordellgegnern zurück

OP v. 17.09.05
Vereinbarung über Kontrollmöglichkeiten für Ordnungsbehörden ausgehandelt · CDU plant Dringlichkeitsantrag

Marburg. Nach einem Gespräch mit Vertretern von Polizei und Ordnungsamt ist der Betreiber des geplanten Bordells zuversichtlich, den Betrieb in wenig Monaten eröffnen zu können.

von Werner Girgert

Im Gespräch mit der Oberhessischen Presse erläuterte der Geschäftsmann die Ergebnisse der Unterredung, die am Donnerstag im Marburger Ordnungsamt stattfand. Dabei habe er den Vertretern von Polizei und Ordnungsbehörde sein Konzept unterbreitet. Über die ordnungsrechtlichen Fragen sei während des Gesprächs weitgehende Übereinstimmung erzielt worden, betonte der künftige Bordellbetreiber. Der sei spätestens in drei bis vier Wochen mit der Baugenehmigung rechnen, stehe aus seiner Sicht einer Eröffnung des Betriebs Anfang kommenden Jahres nichts mehr im Weg.

Ordnungsamtsleiter Dieter Oberländer bestritt auf Nachfrage, dass eine „Vereinbarung über vertrauensbildende Maßnahmen“ ausgehandelt worden sei, in der die Bordellbetreiber den Ordnungsbehörden Kontrollmöglichkeiten zusichern. Zu Einzelheiten wolle sich Oberländer nicht äußern, da die Vereinbarung noch nicht unterschrieben sei. „Die Betreiber sind bereit, auf wesentliche Forderungen unsererseits einzugehen.“ Damit solle sichergestellt werden, dass es nicht zu Rechtsverletzungen komme, so Oberländer.

Angesichts der Proteste gegen das Etablissement, denen eine Bürgerinitiative in dieser Woche mit der Übergabe von 2000 Unterschriften an Oberbürgermeister Egon Vaupel (SPD) Nachdruck verlieh (die OP berichtete), zeigte sich der Geschäftsmann unbeeindruckt: „Es ist doch klar, dass sich immer Stimmen dagegen und dafür aussprechen, aber warum soll es in Marburg nicht auch einen Bordellbetrieb geben wie es in jeder größeren Stadt gibt.“

Nach dem Umbau des Gebäudes im Wehrdäer Industriegebiet sollen im eigentlichen Bordell, dem so genannten Laufhaus, 16 Zimmer für Prostituierte zur Verfügung stehen. Die Zimmer sollen jeweils mit Dusche, Waschbecken und Toilette ausgestattet sein. Er rechne vorerst jedoch nicht damit, dass dort mehr als zehn Frauen arbeiten werden.

Der künftige Bordellbetreiber und sein Partner wollen die Zimmer an die Prostituierten vermieten, denen es dann überlassen bleibe, wie sie ihr Gewerbe betreiben. Bedenken der Bordellgegner, dass die Frauen zur Prostitution gezwungen würden, wies er zurück: „Ich werde darauf achten, dass die Papiere der Frauen in Ordnung sind und Steuern gezahlt werden.“

Der Mann, der nach eigenem Bekunden seit 20 Jahren im Geschäft ist, war im Frühjahr 2003 nach nur fünfmonatiger Öffnungszeit mit einem Bordell im Köhlersgrund in Marbach gescheitert, nachdem das Bauamt der Stadt die Schließung verfügt hatte. Begründet wurde die Verfügung seinerzeit damit, dass der Betrieb eines Bordells in einem reinen Wohngebiet gegen das hessische Bau-

recht verstoßen hatte (die OP berichtete). Bei Razzien im dem Wohnhaus im Köhlersgrund hatten Polizei und Ordnungsamt seinerzeit mehrere Frauen aus Osteuropa ohne gültige Aufenthaltsgenehmigung aufgegriffen. Anwohner und Ortsbeirat hatten die Schließung des Bordells gefordert.

„Er werde sich bei seinem neuen Projekt in der Siemensstraße auch bemühen sicherzustellen, dass „Drogen- und anderweitige Randkriminalität“ ebenso ausgeschlossen werden könnten wie eine von dem Bordell ausgehende Gefährdung für Jugendliche, sagte der Geschäftsmann. So werde das gesamte Gebäude, soweit es rechtlich zulässig sei, mit Videokameras überwacht. Das gelte etwa für Flur, Eingang und Parkplatz. Wachpersonal soll außerdem verhindern, dass Jugendliche sich Zutritt verschaffen könnten.“

Damit reagiert der Ge-

schäftsmann auf Vorwürfe der Bordellgegner und der Marburger Grünen, dass von dem Bordell eine Gefährdung für jugendliche Besucher einer Diskothek in der Siemensstraße ausgehen könnte. An dem für kommenden Dienstag geplanten Runden Tisch, zu dem Oberbürgermeister Egon Vaupel (SPD) Vertreter der Stadtverwaltung, der Ordnungsbehörde, die Frauenbeauftragte der Stadt und die Mitglieder der Bürgerinitiative eingeladen hat, will sich der künftige Bordellbetreiber nach eigenem Bekunden allerdings nicht beteiligen. „Ich habe zunächst darüber nachgedacht, aber dieser Diskussion werde ich mich nicht stellen.“

Bei der nächsten Sitzung des Stadtparlaments will die CDU-Fraktion die Bordellpläne auf die Tagesordnung heben, wie die Stadtverordnete Hannelore Gottschlich gegenüber der OP bekräftigte. In dem Dringlichkeitsantrag werde es darum gehen, „wie sichergestellt werden kann, dass es in dem Bordell nicht zu Menschenrechtsverletzungen kommt“. Zu Details des Antrags wollte sich Gottschlich noch nicht äußern, da der Wortlaut zunächst am Montag in der Fraktionsitzung abgestimmt werden müsse.



Anfang kommenden Jahres soll das geplante Bordell in der Siemensstraße seinen Betrieb aufnehmen. *Archivfoto*

23.09.05

Auf Antrag der CDU-Fraktion steht der geplante Bordellbetrieb zum ersten Mal auf der Tagesordnung der Stadtverordnetenversammlung. Erst nachdem die BI die Stadtverordneten über die mit der Einrichtung eines Großbordells verbundene Problematik unterrichtet und einzelne Stadtverordnete angesprochen hat, ist der geplante Bordellbetrieb ein Thema des Stadtparlaments.

OB Vaupel in der Stadtverordnetensitzung (StVS) vom 23.09.: **Er lasse sich den politischen Willen, das Bordell abzulehnen, nicht absprechen.** Jede Stadt sei verpflichtet für eine solche Vergnügsstätte sogenannte Toleranzzonen einzurichten. Die Siemensstraße sei eine solche Toleranzzone. Eine Einschränkung der Toleranzzone benötige die Zustimmung des RP in Gießen.

Man erwartet einen Antrag der Grünen, dass die Siemensstraße als Toleranzzone aus der Sperrgebietsverordnung herausgenommen wird, worüber dann der RP zu befinden hätte. **Doch der Antrag wird von Bündnis 90/ Die Grünen nicht gestellt.**

30.09.05

In einem Brief an OB Vaupel weist die BI auf das Schreiben des RP an die Grünen hin, in dem er seine Bereitschaft mitteilt, die Veränderung der Sperrgebietsverordnung zu prüfen, wenn dafür ein mehrheitliches Votum des Stadtparlaments vorliege.

Am selben Tag hat OB Vaupel der Anwaltskanzlei Schlangenotto den **Auftrag** erteilt, ein **Rechtsgutachten** bezüglich der Zulässigkeit des geplanten Bordellbetriebes zu erstellen.

06.10.05

Auf Einladung des ZONTA Clubs Marburg spricht die Münchener Fernsehjournalistin Inge Bell über Menschenhandel und Zwangsprostitution. Frauen- und Mädchenhandel ist seit 2002 ein Schwerpunkt-Projekt von ZONTA International in Bosnien, der Drehscheibe für internationalen Frauenhandel.

Der ZONTA Club Marburg engagiert sich daher auch in der BI gegen den geplanten Bordellbetrieb in Wehrda.



08.10.05

TERRE DES FEMMES eröffnet eine Ausstellung zum Thema Zwangsprostitution in der Elisabethkirche.

Nach der Ausstellungseröffnung werden Mitglieder der BI von OB Vaupel sehr emotional auf den o. g. Brief vom 30.09. angesprochen. In diesem Brief haben sie den Oberbürgermeister auf das Schreiben des RP an die Grünen hingewiesen. **Vaupel: Der Brief des RP an die Grünen habe nichts zu sagen, es könne nichts daraus abgeleitet werden.**



14.10.05

Für die StVS vom 14.10. hat die PDS-Fraktion den Antrag gestellt, die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen, dass die Siemensstraße als Toleranzgebiet aus der Sperrgebietsverordnung herausgenommen werden soll. Dieser Antrag ist in der Vorbesprechung der Fraktionsvorsitzenden am 13.10. abgelehnt und in einen gemeinsamen Antrag an den Magistrat abgeändert worden. Der Magistrat wird darin aufgefordert, **„weiterhin alle rechtlichen Möglichkeiten zu prüfen und auszuschöpfen, um die Genehmigung eines Bordellbetriebes wie in der Siemensstraße und weitere Bordellbetriebe abzulehnen. Dazu gehört auch die Prüfung der Änderung der Sperrbezirksverordnung.“** Der Antrag wird einstimmig vom Stadtparlament beschlossen. Vor der Abstimmung sagt der Stadtverordnetenvorsteher Löwer (SPD): **„Wir gehen nicht den Weg des billigen, taktischen Kalküls. Wir müssen zu dem stehen, was wir beschließen und uns nicht von Gerichten sagen lassen, was dabei herauskommen soll oder nicht. Der RP muss jetzt mit seinen Fachabteilungen Stellung nehmen. Was die Sperrgebietsverordnung betrifft: Es kann sein, dass wir hier Handlungsspielräume haben, die wir nutzen können.“**

In derselben Sitzung teilt OB Vaupel dem Parlament mit, er habe eine Marburger Kanzlei damit beauftragt, die rechtlichen Möglichkeiten der Stadt zu prüfen, den geplanten Bordellbetrieb zu verhindern. Das Gutachten liegt ihm zum Teil bereits vor. Er zitiert Teile daraus und kommt zu dem Schluss, dass die Stadt keine rechtliche Möglichkeit sehe, das geplante Bordell abzulehnen. Außerdem spricht er von einer „Antwort“ des RP vom 12.10., in der dieser ihm mitteile, dass „sein Haus“ keine Änderung der Sperrgebietsverordnung als gegeben sehe.

Das bereits am 30.09. in Auftrag gegebene Gutachten und der von OB Vaupel daraus gezogene Schluss, die Stadt habe keine rechtliche Möglichkeit das Bordell zu verhindern, sind mit dem Auftrag des Parlaments unvereinbar. Der Parlamentsbeschluss wird damit ad absurdum geführt.

Das Gutachten soll – laut Vaupel - in spätestens 3 Wochen den Fraktionen und der BI zugänglich sein.

18.10.05

Die Frankfurter Rundschau berichtet über die StVS vom 14.10. und zitiert dazu den Sprecher des Regierungspräsidiums, Manfred Kersten: **„Wenn die Stadt Marburg ihre Sperrbezirksverordnung geändert haben möchte, sind wir prinzipiell offen.“ (!!!)**

23.10.05

In einem Schreiben an den RP teilt die BI diesem ihre Argumente gegen das geplante Bordell mit.

07.11.05

Auf den Brief der BI vom 23.10. schreibt Regierungsdirektor Füller im Auftrag des RP: **„Aufgrund des aktuellen Sachstandes ist es jedoch derzeit nicht möglich, eine abschließende Bewertung – insbesondere aus polizei- und ordnungsrechtlicher Sicht – zu treffen, denn eine solche Bewertung wäre davon abhängig, dass die Stadt Marburg bei meinem Haus formal einen Antrag auf Änderung der bestehenden Sperrgebietsverordnung gestellt hätte. Ein solcher Antrag liegt jedoch, wie Sie wissen, zumindest derzeit nicht vor.“ (!!!)**

19.11.05

Bericht der OP: „Stadt gibt grünes Licht für Bordell – Oberbürgermeister sieht nach Gutachten keine Chance Bauantrag abzulehnen“ (S. 1) ; „Gutachten entkräftet Einwände gegen das Bordell – Oberbürgermeister begrüßt Rechtsklarheit – Bauausschuss lehnt Erweiterung des Sperrbezirks ab“ (S. 2)

Die BI erhält die öffentliche Fassung des Gutachtens „über die Zulässigkeit der Einrichtung eines Bordells in der nördlichen Toleranzzone der Stadt Marburg (Siemensstraße 10)“ erst am 18.11.05. Die uns vorliegende öffentliche Fassung beinhaltet die bauplanungs- und bauordnungsrechtliche Argumentation, lässt aber sowohl die polizei- und ordnungsrechtliche Sicht (siehe Schreiben des RP v. 07.11.) als auch die gewerberechtliche Sicht außer Acht.

Im Übrigen ist aus dem Gutachten erstmals zu erfahren, dass **außer dem Bordell, dem Laufhaus, Sex Shop und Table Dance nun auch noch eine Spielhalle** von den „Betreibern“ geplant ist. Davon war bislang - auch am „Runden Tisch“ - keine Rede.

21.11.05

Der Autor Manfred Paulus referiert über „Frauenhandel und Zwangsprostitution“. Als Kriminalkommissar und Inspektionsleiter bei der Polizei in Ulm verfügt Paulus über jahrelange Erfahrung im Bereich Rotlichtkriminalität und gilt als hervorragender Kenner des Deliktbereiches Menschenhandel.



25.11.05

Zwei Mitglieder der BI suchen den städtischen Baudirektor Jürgen Rausch auf und fragen ihn, wann die Baugenehmigung für das geplante Bordell in der Siemensstraße dem Bauamt vorgelegen habe. **Nachdem Herr Rausch anfänglich nicht „mit der Sprache heraus“ wollte, sagt er, dass ein Teilantrag Anfang September und der vollständige Bauantrag Ende September vorgelegen habe.** (Ende August hatte er gegenüber der Presse geäußert, dass der Bauantrag vor „wenigen Wochen“ im Bauamt eingegangen sei).

Auf die Frage nach der Spielhalle, von der die BI erst durch das Gutachten erfahren hatte, behauptet der Baudirektor, dass dieses Vorhaben der „Betreiber“ von Anfang an und auch am „Runden Tisch“ genannt worden sei, **was nachweislich nicht der Fall ist.**

Auf den Baustopp angesprochen, der erst auf Antrag der BI erlassen wurde, nachdem die „Betreiber“ zwei Monate mit Wissen der Baubehörde in der Siemensstraße gebaut hatten, sagt der Baudirektor: **Wir können ja nicht jeden oder jeden zweiten Tag da hingehen und nachsehen.**

In diesem Gespräch wurde Herr Rausch auch darauf hingewiesen, dass der RP dreimal seine Bereitschaft signalisiert habe, eine Änderung der Sperrgebietsverordnung zu prüfen. Herr Rausch: **Von Seiten des RP ist da viel Mist gemacht worden.**

Auf das von ihm im August in der Presse angekündigte Bußgeld wegen Bauens ohne Bauantrag angesprochen, kann er nicht sagen, ob ein Bußgeldverfahren überhaupt eingeleitet worden sei.

Zum Schluss gibt der Bauamtsdirektor der BI zu verstehen, dass die Behörden, die sich jetzt mit der Bordellangelegenheit beschäftigen müssten, ihre Zeit eigentlich für andere Aufgaben zu verwenden hätten. **„Ich gebe Ihnen mal ein Beispiel: Es ist so, als wenn ein Kardiologe sich mit einem Krebskranken befassen und seine Herzpatienten darüber vernachlässigen muss.“**

25.11.05

Die PDS stellt den für die StVS vom 14.10.05 abgelehnten Antrag auf Veränderung der Sperrbezirksverordnung für die Sitzung am 25.11. erneut. Der Antrag wird im Bau- und Finanzplanungsausschuss am 24.11. abgelehnt. Er steht aber in der StVS vom 25.11. dennoch auf der Tagesordnung. Die Abstimmung soll ohne Aussprache erfolgen. Die Aussprache findet dann aber doch statt, und es äußern sich Frau Danabos (PDS), Frau Schwebel (FDP), Frau Gottschlich (CDU) und OB Vaupel.

Vaupel gibt dem Parlament zu verstehen, dass nach dem nun vorliegenden Gutachten des Dr. Schallemacher die Stadt das Bordell in der Siemensstraße genehmigen müsse.

Frau Danabos (PDS): Um den Jugendschutz zu gewährleisten, **müsse dann aber das Alter der Besucher der *Diskothek Fun Park*, die in der Toleranzzone liege, auf 18 Jahre heraufgesetzt werden.** Vaupel: Diskotheken seien keine schützenswerten Einrichtungen. Man werde den Betreibern Auflagen für die geplante Spielhalle machen und Möglichkeiten für gesundheitliche Kontrollen umsetzen. Man könne die Betreiber allerdings nur dazu verpflichten, was gesetzlich möglich sei.

[Anm.: Seit Inkrafttreten des Prostitutionsgesetzes (2002) gibt es keine gesundheitlichen Kontrollen mehr. Außerdem werden polizeiliche Ermittlungsarbeiten im Rotlichtmilieu durch dieses Gesetz enorm erschwert.

Im Übrigen verfügt die Stadt über kein entsprechendes Polizeidezernat.]

Auf den Hinweis der drei oben genannten Stadtverordneten, das angekündigte Gegengutachten der BI abzuwarten und in die Entscheidungsfindung mit einzubeziehen, geht Vaupel nicht ein.

Der Antrag der PDS auf Veränderung der Sperrbezirksverordnung wird abgelehnt. Die PDS nimmt aus Protest gegen die ganze bisherige Vorgehensweise an der Abstimmung ihres Antrags nicht teil.

Zwei mit dem geplanten Bordellbetrieb in Verbindung stehende Männer sitzen im Zuhörerraum und werden in einer Sitzungspause von Bürgermeister Kahle mit Handschlag begrüßt.

29.11.05

Mit Schreiben vom 29.11. teilt die BI OB Vaupel und dem Magistrat mit, **dass das „Gutachten über die Zulässigkeit der Einrichtung eines Bordellbetriebs in der nördlichen Toleranzzone der Stadt Marburg (Siemensstraße 10)“ dem Auftrag des Parlaments an den Magistrat vom 14.10.05 nicht entspricht.** Deshalb werde die BI einen Anwalt für Verwaltungsrecht damit beauftragen, dem Auftrag des Parlaments vom 14.10. zu entsprechen und **die rechtlichen Möglichkeiten einer Ablehnung zu prüfen** bzw. ein Gegengutachten zu erstellen. Der Magistrat wird aufgefordert, die Entscheidung in Sachen Großbordell so lange zurück zu stellen, bis das Gegengutachten vorliegt.

02.12.05

Dem Anwalt Dr. Hauck-Scholz wird am 02.12. von Seiten der Stadt das Datum 19.12. als Abgabetermin für das von ihm zu erstellende Gutachten genannt und ihm außerdem zugesichert, dass das Gutachten der BI bei der Genehmigungsentscheidung Berücksichtigung finde.

04.12.05

Mit Datum vom 04.12.05 wird **im Internet** für das „**Laufhaus**“ mit „**Straßenstrich**“ in **Marburg** geworben, einen Tag vor der Genehmigung des Bauantrags (siehe unten).

05.12.05

Der Magistrat entscheidet über die Zulassung des Großbordells in der Siemensstraße und erteilt die Baugenehmigung. Die Entscheidung wird geheim gehalten.

Am selben Tag äußert sich Dr. Hauck-Scholz in einem Pressegespräch zu dem von der BI bei ihm in Auftrag gegebenen ergebnisoffenen Gutachten und weist bereits auf Möglichkeiten der Stadt hin, die Genehmigung des Bordells in aller Ruhe zu überdenken.

06.12.05

Die OP berichtet über das Pressegespräch und zitiert **OB Vaupel** dazu: „**Wir sind sicher, dass in unserem Gutachten alle rechtlichen Grundlagen geprüft wurden, aber wir wollen nicht so tun, als gäbe es das zweite Gutachten nicht.**“

Mit Schreiben vom 06.12.2005 teilt OB Vaupel der BI mit: „Es bleibt der Bürgerinitiative selbstverständlich überlassen, ein eigenes Gutachten in Auftrag zu geben. **Für den Magistrat ist das vom Magistrat in Auftrag gegebene Gutachten maßgeblich.**“

Dem Anwalt Dr. Hauck-Scholz wird auch am 06.12.2005 mitgeteilt, dass der Magistrat die Baugenehmigung am 05.12.2005 beschlossen habe, weil dem Vorhaben keine öffentlich-rechtlichen Vorschriften entgegen stünden.

09.12.05

Am 09.12. berichtet die OP über einen im Amtsgericht stattfindenden **Prozess gegen den Inhaber und die Geschäftsführerin des Frankenger Bordellbetriebs „Kleeblatt“**. Die **Anklage wirft ihnen u. a. Menschenhandel vor**.

Der Angeklagte gehört zu dem engeren Kreis der handelnden Personen, deren Namen der BI im Zusammenhang mit dem geplanten Bordellbetrieb in der Siemensstraße bekannt sind. Diese Namen sind auch im Rathaus bekannt.

14.12.05

Unter den **Überschrift „Bordell gefährdet Druckerei“ Firma muss schon jetzt massive Auftragseinbußen hinnehmen**“ berichtet die MNZ über den offenen Brief, den eine im gleichen Gebäude in der Siemensstraße, in dem der Bordellbetrieb geplant ist, ansässige Werbeagentur an den Magistrat geschrieben hat. Darin moniert diese, dass unmittelbar durch das geplante Bordell betroffene Geschäftsleute im Vorfeld der Planungen nicht informiert und ihre Belange von der Stadt nicht gesehen wurden. Außerdem habe die Firma ihren Ruf als Ausbildungsbetrieb verloren. Es würden seit Bekanntwerden der Bordellpläne weder Ausbildungsplätze noch Praktika nachgefragt.

Bordell gefährdet Druckerei

Firma muss schon jetzt massive Auftragseinbußen hinnehmen

Marburg (jo). Die Marburger Firma „Druckwerk“ sieht sich durch den Plan, in der Siemensstraße ein Großbordell einzurichten, in ihrer Existenz gefährdet. Das Unternehmen steht vor dem Problem, sich mit dem Bordell das gleiche Gebäude teilen zu müssen. Dies führe schon jetzt zu erheblichen Umsatzeinbußen, sagte Marion Prinz von der Unternehmensleitung. Mit einem offenen Brief an den Magistrat machen die Druckwerk-Leute nun ihrem Ärger darüber Luft, dass sie bezüglich der Bordell-Pläne keinerlei Informationen von der Stadt bekommen haben.

„Wir möchten nicht ungehört bleiben und unseren Unmut über die derzeitigen Zustände in der Siemensstraße und das Verhalten der Stadt Marburg zum Ausdruck bringen“, heißt es in dem offenen Brief. Bei der Stadt müsse schließlich bekannt sein, dass sich in dem Gebäude in der Siemensstraße 10, in dem das Bordell entstehen solle, bereits ein ordentlicher Gewerbebetrieb befindet: nämlich die Firma Druckwerk mit der angeschlossenen Werbeagentur „Prinz & Partner“. Trotzdem habe das Unternehmen als „direkt Betroffener“ nie Informationen von der Stadt erhalten und sei auch nie um eine Stellungnahme gebeten worden.

Dabei hätten die Bordell-Pläne schon jetzt unangenehme Folgen für Druckwerk und Prinz & Partner: Seit Bekanntwerden der Bordellpläne im

Mai dieses Jahres sei die Zahl der Aufträge im Bereich der Werbeagentur um 80 Prozent zurück gegangen, im Bereich der Druckerei liege der Auftragsrückgang bei 30 bis 40 Prozent. Auf Nachfrage dieser Zeitung sagte Marion Prinz, dass sie im Moment auch keine Auszubildenden mehr finde: „Wir haben sonst immer drei bis

sechs Lehrstellen im Jahr angeboten. Jetzt können wir keine einzige mehr besetzen.“ Im laufenden Jahr habe sich nur ein einziger Bewerber gemeldet. Und dessen Mutter habe dann die Zusage zurückgezogen. Wegen des Bordells.

Kunden hätten Bedenken angemeldet, ob sie weiterhin mit der Agentur Prinz & Partner beziehungsweise der Druckerei zusammen arbeiten könnten, weil sie „ungern als bekannte Marburger Unternehmer vor einem Bordell gesehen“ werden wollten. Die Bordellpläne seien demnach ein ernst zu nehmendes Problem für das Unternehmen. In dem offenen Brief an die Stadt heißt es:

„Hält dieser empörende Zustand an und sollte es zu einer Eröffnung des Bordellbetriebs kommen, werden wir mit großer Wahrscheinlichkeit unseren Betrieb einstellen müssen“. Auch ein Umzug kommt laut Marion Prinz nicht in Frage: „Wissen Sie was wir hier für Maschinen stehen haben?“

IHK-Prüfungen neben dem Bordell?

Einer der Verantwortlichen bei der Firma Druckwerk und der Agentur Prinz und Partner ist Heiko Knöfel. Er ist in der Industrie- und Handelskammer (IHK) Vorsitzender des Prüfungsausschusses für den Bereich Mediengestalter. Die Prüfungen finden derzeit im Haus in der Siemensstraße 10 statt. Wenn im selben Gebäude ein Bordell untergebracht werde, könne man aus Gründen des Jugendschutzes dort keine Lehrlinge mehr prüfen, fürchtet Knöfel. Leider gebe es in Marburg aber kein anderes Unternehmen, das für solche Prüfungen die Voraussetzungen erfülle. An die Stadt gewandt, sagt Knöfel: „Bitte um Lösungsvorschläge!“

Kunden gehen schon auf Distanz

Im Vertrauen auf den langjährigen Mietvertrag habe man erheblich in die Produktionsanlagen investiert. Die Maschinen könne man jetzt nicht einfach anderswo hinbringen: „Ein Umzug könnte uns das Genick brechen!“

Erste Konsequenzen hat das wütende Schreiben der Leute von Druckwerk und Prinz & Partner schon gehabt: Gestern besuchte Brigitte Bohnke, die persönliche Referentin von Oberbürgermeister Egon Vaupel (SPD) das Unternehmen. Sie habe aber keine möglichen Lösungen für das Problem nennen können, sagte Marion Prinz. Von der Stadt Marburg war zu dem Thema keine Stellungnahme zu bekommen.

MNZ 14.12.05

15.12.05

Am Abend des 15.12. geht der BI das Gutachten von Dr. Hauck-Scholz zu. Es wird OB Vaupel, Bürgermeister Kahle und Stadtverordnetenvorsteher Löwer am nächsten Tag um 8.30 Uhr zugestellt.

16.12.05

Die BI stellt mit Dr. Hauck-Scholz dessen 23 Seiten umfassendes „**Rechtsgutachten zu bau- und ordnungsrechtlichen Aspekten des geplanten Großbordells in der Siemensstraße in Marburg**“ der Presse vor. In Abwandlung des bekannten Luthersatzes vor dem Wormser Reichstag bezeichnet der renommierte Anwalt für Verwaltungsrecht die bisherige Haltung von OB Vaupel mit den Worten: **Hier steh´ ich nun und will nicht anders.**

Hauck-Scholz sagt, dass man ihm keine Akteneinsicht gewährt habe, weil der „Betreiber“ Personenschutz genieße.

Die Stadt versuche den Eindruck zu erwecken, man bewege sich auf rechtlich völlig gesichertem Gelände. So sei dem Rechtsgutachten der Stadt zu entnehmen, dass die Diskothek nur für Personen über 18 Jahre bestimmt sei. Das sei ganz und gar unhaltbar. Der *Fun Park* mache z. Z. im Internet ein gezieltes Angebot für jugendliche Besucher und werbe sogar für eine Kinderdisco.

Die Stadt habe das Recht der Betriebe völlig vernachlässigt, die Jugendliche ausbilden. Die Druckereiwerkstatt und Werbeagentur sei von dem Bordell unmittelbar betroffen. Aber auch alle Betriebe mit Publikumsverkehr würden durch dieses nachhaltig geschädigt. Die Interessen der bereits vorhandenen Betriebe hätten vorzugehen. Das reiche schon aus, um keine Genehmigung für das Bordell zu erteilen.

Die Behauptung, die Stadt habe 6 bis 7% ihrer bebaubaren Fläche als Toleranzzone zur Verfügung zu stellen, sei eine **reine Erfindung und nirgends belegt**. Dass die Stadt Ersatz für eine weggefallene Toleranzzone ausweisen müsse, bezeichnete Hauck-Scholz als **blanken Unsinn**.

Abschließend stellte Dr. Hauck-Scholz fest: **„Die Stadt hat mehrere Möglichkeiten aktiv zu werden.“ (Siehe dazu auch das Gutachten von Dr. Hauck-Scholz.)**

Am gleichen Tag erhalten alle Stadtverordneten vor der um 17.00 Uhr beginnenden Stadtverordnetensitzung ein Schreiben der BI, in dem sie darauf aufmerksam gemacht werden, dass der männliche Angeklagte im Menschenhandelprozess vor dem Marburger Amtsgericht zu der Betreibergruppe des geplanten Bordellbetriebes, das heißt, zu den handelnden Personen zählt.

In der StVS äußert sich OB Vaupel zu dem Rechtsgutachten der BI:

Er habe dieses erst am Mittag erhalten und deshalb noch nicht vollständig lesen können, sondern nur einen Teil. **Danach kommt er zu dem Urteil, dass das Gutachten von Dr. Hauck-Scholz keine neuen Aspekte enthalte.**

Vaupel spricht dann von „Fristabläufen“. Die Bauantragsteller hätten jetzt in einem Schreiben eingeklagt, dass bereits am 5. Dezember eine Frist abgelaufen sei, die der Rechtsvertreter der Betreiber der Stadt gesetzt hatte. Allerdings seien noch „keine Regressforderungen“ gestellt worden. Vaupel: „Wir müssen die gestellten Fristen einhalten.“

[Anm.: OB Vaupel bringt damit zum Ausdruck, dass die zukünftigen Bordellbetreiber die Fristen für die Behandlung ihres Bauantrags setzen und nicht die Stadt]. (!!!)

Auf die Verbindungen zwischen dem im Menschenhandelprozess Angeklagten und den in Sachen Großbordell agierenden Personen angesprochen **sagt der Oberbürgermeister wider besseres Wissen, dass diese nichts miteinander zu tun hätten.**

Da die Stadtverordneten das neue Rechtsgutachten nicht kennen, können sie zu dem Urteil des OB keine Stellung nehmen. **In einem Antrag an den Magistrat beauftragen sie diesen, das Gutachten der BI in den Entscheidungsprozess mit einzubeziehen. Das heißt: In der StVS vom 16.12. gehen die Stadtverordneten davon aus, dass die Entscheidung über die Baugenehmigung für den Bordellbetrieb in der Siemensstraße noch nicht gefallen ist. Der Magistrat lässt das Stadtparlament in diesem Glauben.**

17.12.05

Die OP berichtet über das Pressegespräch und die Vorstellung des Rechtsgutachtens von Dr. Hauck-Scholz. In diesem Gespräch hat die BI ausdrücklich darauf hingewiesen, dass der Angeklagte im Menschenhandelprozess zu den handelnden Personen in Sachen Großbordell zählt. Deshalb hat Dr. Hauck-Scholz in seiner Presseerklärung auch **die Zuverlässigkeit der Betreiber** angesprochen, die von der Stadt zu prüfen sei. Wenn sich herausstelle, dass Personen als **Strohänner/-frauen** fungierten, sei das doppelt verdächtig. Das würde schon für eine Ablehnung ausreichen, allemal, wenn weitere Aspekte hinzukämen, welche die Zuverlässigkeit der handelnden Personen in Frage stellten.

Darüber berichtet die OP nicht.

OB Vaupel wird mit einem Statement zitiert, das er am 16.12. zu dem Gutachten des Anwalts Dr. Hauck-Scholz abgegeben hat: „**Ich stelle fest, dass in dem Gutachten keine neuen Sachverhalte auftauchen, die nicht von uns geprüft worden wären.**“

[Anm.: 1. Der Oberbürgermeister gibt dieses Urteil über das Gutachten an die Presse, als er nur einen – kleinen – Teil desselben gelesen hat. Das beweist, dass die Entscheidung zu diesem Zeitpunkt bereits fest steht. Mit keinem Wort seines Redebeitrags in der StVS vom 16.12. hat Vaupel etwas Anderes erkennen lassen. Den von ihm in der StVS vom 23.09. für sich reklamierten „politischen Willen“, das Bordell abzulehnen, hat der Oberbürgermeister nie gehabt.

2. Im Rechtsgutachten von Dr. Hauck-Scholz geht es nicht um „neue Sachverhalte“, sondern um die Prüfung der von Dr. Schallmacher in seinem Gutachten angesprochenen Sachverhalte. Dabei kommt der Anwalt der BI zu anderen - neuen - Ergebnissen.]

20.12.05

Unter der Überschrift „Stadt entscheidet heute über geplantes Bordell“ berichtet die OP über die StVS vom 16.12. und die von dem Stadtverordneten Köster angesprochenen „Gerüchte“, nach denen es Verbindungen der möglichen Betreiber des Großbordells in Wehrda zu den Angeklagten im derzeitigen Menschenhandelsprozess am Marburger Amtsgericht gebe. Dazu wird OB Vaupel zitiert: „**Es gibt unseres Wissens keine personellen Identitäten zwischen den Bauantragstellern und den Frankenberger Angeklagten.**“

[Anm.: Dass der männliche Angeklagte mit dem/den Bauantragsteller/n identisch sei, hat niemand behauptet. **Gesagt wurde (was zweifelsfrei beweisbar ist), dass der wegen Menschenhandels und Zwangsprostituierung angeklagte Bordellbetreiber zu den handelnden Personen des Großbordells gehört, zu denen auch die jetzige Besitzerin und Geschäftsführerin des Frankenberger Bordells „Kleeblatt“ zählt. Diese ist als eine der beiden Eigentümerinnen des Gebäudes Siemensstraße 10 im Grundbuch eingetragen. Der im Menschenhandelprozess angeklagte Mann ist bereits wegen räuberischer Erpressung und Körperverletzung vorbestraft.]**

21.12.05

Aus der OP erfahren Marburgs Bürger/innen und die Stadtverordneten, **dass die Baugenehmigung für den Bordellbetrieb in der Siemensstraße bereits am 5. Dezember erteilt und bis zum 20.12. geheim gehalten worden ist.** Laut Vaupel sei die Genehmigung mit „baurechtlichen Auflagen“ erteilt worden. So mache die Stadt „unter anderem Vorgaben bezüglich der Größe des geplanten Sexshops und der gastronomischen Nutzung“. Außerdem dulde die Stadt rund um das Bordell keinen Straßenstrich.

Wie die OP weiter berichtet, hat sie den künftigen **Betreiber des Bordells an seinem Urlaubsort in Thailand** erreicht. Von dort aus hat der „Geschäftsmann“ mitgeteilt, dass er mit seinen Partnern eine Million Euro in das Projekt investieren will. Dass Frauen in dem geplanten Laufhaus zur Prostitution gezwungen werden könnten, weist er zurück.

Die BI nimmt wie folgt zu der Entscheidung des Magistrats Stellung:

Die Entscheidung des Magistrats mache noch einmal deutlich, „dass der politische Wille zur Verhinderung eines Gewerbes mit höchst problematischem Umfeld und gefährlichen Auswirkungen bei den Verantwortlichen der Stadt nicht vorhanden ist.“ Die Stadt hat „trotz des einmütigen Votums der Stadtverordnetenversammlung, alles zu tun, um das Bordell zu verhindern, ihre juristischen Handlungsmöglichkeiten nicht ausgeschöpft.“

23.12.05

„Grüne und Marburger Linke kritisieren die Stadt wegen Baugenehmigung für geplantes Bordell“ titelt die OP vom 23.12.05. **Der Stadtverordnete Köster (ML) kritisiert, dass der Magistrat den Auftrag der Stadtverordneten nicht umgesetzt habe. Das Gutachten der BI zeige Wege auf, die der Magistrat von sich aus hätte finden können und die er offensichtlich nicht begehen wolle. Köster vermisst, wie die BI, den politischen Willen der Entscheidungsträger, das Bordell zu verhindern.**

Die Grünen begrüßen die von OB Vaupel bekundete Absicht, 2006 eine Beratungsstelle für Prostituierte einzurichten.

Anmerkung und Feststellung:

SPD und Bündnis 90/DieGrünen sind die in Marburg regierenden Parteien. Sie haben mit ihrer Mehrheit im Magistrat die Baugenehmigung für das Großbordell (Bordell / Laufhaus / Table Dance / Sex Shop / Spielhalle) erteilt.

02.01.2006

In einem offenen Brief fordert die BI die Stadtverordneten auf, den Regressforderungen nachzugehen, von denen Bürgermeister Kahle gegenüber der Presse gesprochen hatte. Laut Kahle habe der Magistrat auch die Gefahr möglicher Regressforderungen seitens der künftigen Bordellbetreiber bei seiner Entscheidung berücksichtigen müssen.

Die Stadtverordnetenversammlung als unsere gewählte Vertretung wird aufgefordert, dem Magistrat 6 Fragen zu besagten Regressforderungen zu stellen bzw. einen Akteneinsichtsausschuss zu beantragen.

19.01.2006

„FDP und Marburger Linke sehen Klärungsbedarf bei Bordellgenehmigung“ – „**Diskussion um geplantes Bordell beschäftigt Stadtverordnete weiter**“ titelt die OP vom 19.01.06. Sie berichtet, dass als Reaktion auf das Schreiben der BI an die Stadtverordneten die **FDP die Einrichtung eines Akteneinsichtsausschusses** beantragen wird. Dazu OB Vaupel: „Mir ist es sehr lieb, dass ein Ausschuss beantragt wird, denn wir haben nichts zu verbergen.“

In diesem Bericht wird das **„Treffen“ von Vertretern der Stadt mit den Gewerbetreibenden der Siemensstraße** angesprochen, das auf deren Bitten zustande gekommen sei. Von den Gewerbetreibenden wollte sich, mit Hinweis auf die „vereinbarte Vertraulichkeit“, niemand äußern.

OB Vaupel reagiert auf die Frage der Marburger Linken, ob es ein „Koppelgeschäft“ zwischen dem Magistrat und den Gewerbetreibenden in der Siemensstraße gebe: **„Der Magistrat macht keine Koppelgeschäfte, wer das suggeriert, der lügt.“**

[Anm.: Das Gespräch am 16.01.2006 ist u. W. nicht auf Bitten der Gewerbetreibenden zustande gekommen, sondern von Seiten der Stadt veranlasst worden.]

09.01.2006

In einem Schreiben an die Stadtverordneten reagieren OB Vaupel, Bürgermeister Dr. Kahle und Stadträtin Weinbach auf den offenen Brief der BI vom 02.01.2005 an die Stadtverordneten. In 27 Punkten versuchen sie den „Verfahrensgang“ chronologisch darzustellen. **(Siehe dazu „Schreiben des Magistrats vom 09.01.2005“ und die „Anmerkungen der BI zu dem Schreiben vom 09.01.2006“.)**

19.01.2006

„FDP und Marburger Linke sehen Klärungsbedarf bei Bordellgenehmigung“ titelt die OP am 19.01. und kündigt einen Antrag der FDP-Fraktion für einen Akteneinsichtsausschuss an.

27.01.2006

CDU, Marburger Linke und BfM schließen sich dem Antrag der FDP in der StVS am 27.01.2005 an. Der Antrag auf Einrichtung eines Akteneinsichtsausschusses wird einstimmig angenommen.

01.02.2005

In einem Pressegespräch nimmt Dr. Hauck-Scholz zu dem Akteneinsichtsausschuss Stellung. Auf eine Frage äußert er u. a. , **dass kaum eine Behörde der Versuchung nicht erliege, die Akten zu manipulieren, wenn Akteneinsicht drohe. Er mahnte jedoch, das dem Magistrat nicht von vornherein zu unterstellen, sondern „ergebnisoffen“ an die Akten heranzugehen. Das bedeute allerdings auch nachzufragen, sollten sich Lücken herausstellen.**

In diesem Pressegespräch wird nicht nur erneut auf die Verbindung des Angeklagten im „Kleeblatt-Prozess“ zu den handelnden Personen des Großbordells hingewiesen, sondern auch auf das monatelange Bauen derselben ohne Baugenehmigung, das auf eine frühzeitige Zusage an die Investoren hindeute, und die von der Stadt nicht genutzte Möglichkeit einer Veränderungssperre.

02.02.2006

Die Presse berichtet über das Pressegespräch und gibt RA Dr. Hauck-Scholz wie oben angegeben wieder und berichtet über die von der BI vorgebrachte Kritik.
Der Akteneinsichtsausschuss tagt zum ersten Mal.

02.02.2006

Mit Schreiben vom 02.02.06 **droht OB Vaupel Dr. Hauck-Scholz gerichtliche Schritte an**, da er dem Magistrat unterstellt habe, dieser hätte die Akten manipuliert. Außerdem weist er die Kritik der BI als „Unterstellungen“ zurück. (Siehe dazu das Schreiben des Magistrats an Dr. Hauck-Scholz vom 02.02.06 und unsere Erwiderung vom 17.02.06.)

03.02.2006

MNZ und OP berichten über die erste Tagung des Akteneinsichtsausschusses und die **Reaktion des Oberbürgermeisters auf das Pressegespräch vom 01.02. 2006**. OB Vaupel spricht von „**infamen Unterstellungen**“ von **Dr. Hauck-Scholz und der BI** und dass diese **„mit Dreck“ werfe**. Außerdem **droht er RA Dr. Hauck-Scholz gerichtliche Schritte an**, weil er behauptet habe, die Verwaltung/ der Magistrat hätten Akten manipuliert. (Siehe dazu unter 01.02.2006).

07.02.2006

Am 07.02.2006 ist der OP als auch der MNZ zu entnehmen, **dass die aktuelle Besitzerin des Frankenberger Bordells „Kleeblatt“ auch eine der Gebäude- und Grundstückseigentümerinnen Siemensstraße 10 ist und dass sie den Angeklagten im Menschenhandelprozess vor dem Marburger Amtsgericht schon seit Jahren kennt und enge geschäftliche Verbindungen zu diesem hat. Genau diese Verbindung wurde bislang von OB Vaupel negiert, was die Stadtverordnete Gottschlich in der StVS vom 25.01. zu Recht festgestellt hatte.**

08.02.2006

Mit Schreiben vom 08.02.05 teilen **Sören Bartol (SPD-MdB) und Dr. Thomas Spies (SPD-MdL)** der BI mit, **dass sie ihre Unterschriften unter die Unterschriftenaktion wegen der „maßlosen“ und „absurden“ Vorwürfe der BI zurückziehen. (Siehe dazu Brief vom 08.02.2006).**

15.02.2006

Über das Schreiben von Bartol und Spies berichtet die OP vom 15.02.06.

17.02.2006

Mit Schreiben vom 17.02.06 widerlegt die BI die von OB Vaupel in seinem Brief an Dr. Hauck-Scholz gemachten Behauptungen. (Siehe dazu Schreiben an den OB vom 17.02.06).

18.02.2006

Die BI schreibt an Bartol und Dr. Spies und legt eine Kopie des Schreibens der BI an OB Vaupel bei. **(Siehe dazu das Schreiben an Bartol und Dr. Spies vom 18.02.06.)**

20.02.2006

Die Zeitschrift **EMMA** berichtet in ihrer März/April-Ausgabe unter der Überschrift „**Marburg am Pranger**“ und kündigt die Fortsetzung ihrer Berichterstattung an.

21.02.2006

Der Haupt- und Finanzausschuss tagt. Unter Punkt 10 der Tagesordnung steht: **Akteneinsicht Bordell – Besprechung des weiteren Vorgehens.** Geplant war, dass die einzelnen Fraktionen ihre Fragen/ Beanstandungen vortragen. Dazu kommt es nicht, weil Bündnis 90 /Die Grünen und die FDP noch einen weiteren Termin für die Akteneinsicht wünschen. Dem Wunsch wird stattgegeben und die weitere Vorgehensweise wie folgt festgelegt: Bis 08.03.06 sind die Fragen der Fraktionen Herrn Preiß abzugeben, der sie an den Magistrat weiterleitet. **Ab 09.03.06 begibt sich der Magistrat an deren Beantwortung, die nach einer Woche abgeschlossen sein soll. Dieses Verfahren weicht von der für die Sitzung vom 22.02. vorgesehenen Verfahrensweise ab.**

24.02.2006

Unter der Überschrift „**Angeklagter ist auch in Marburg aktiv**“ berichtet die **MNZ** über den 9. Verhandlungstag im sogenannten „Kleeblatt-Prozess“ und die engen Verbindungen des wegen Menschenhandels und Zwangsprostituierung Angeklagten zu den künftigen Betreibern des geplanten Großbordells in Marburg. So wurde klar, dass der Angeklagte die illegalen Bauarbeiten im Mai, Juni und Juli geleitet hatte.

25.02.2006

Am 25.02.06 erhält die BI das Antwortschreiben von Bartol und Dr. Spies. (Siehe dazu das Schreiben von Bartol und Spies vom 24.02.06 und die Erwiderung der BI vom 28.02.06.)

27.02.2006

Angeklagter ist auch in Marburg aktiv

Bordellprozess zeigt Kontakte

Marburg (ky/fo). Enge Verbindungen zwischen den künftigen Betreibern des geplanten Großbordells in Marburg und den wegen Menschenhandels angeklagten Betreibern des Frankenger Bordells „Kleeblatt“ sind gestern vor dem Marburger Landgericht deutlich geworden. In der Verhandlung wurde bekannt, dass die Ehefrau des Hauptangeklagten im „Kleeblatt-Prozess“ als Pächterin und Betreiberin eines „Tanzlokals mit Wellnessbereich“ (gemeint ist eine Table-Dance-Bar) in dem neuen Großbordell in Wehrda auftreten will.

Am gestrigen neunten Verhandlungstag vernahm das Gericht einen Beamten des Hauptzollamtes Gießen, der am 6. Juli vergangenen Jahres das Bordell überprüft hat, weil dort illegal gebaut wurde. Bekanntlich hat der Marburger Magistrat die Baugenehmigung für das Bordell erst Mitte Dezember 2005 erteilt. Der Zollbeamte berichtete, er habe bei der Kontrolle sechs Personen angetroffen, die mit Innenausbauarbeiten beschäftigt gewesen seien. Einer von ihnen sei der Hauptangeklagte gewesen. Er habe sich als „Bauleiter“ vorgestellt und angegeben, im Auftrag seiner Ehefrau dort zu arbeiten, die die Pächterin der geplanten Table-Dance-Bar sei.

Wie der Zollbeamte weiter angab, hat er auch den Vertrag eingesehen, mit der die Besitzerin des Marburger Bordellgebäudes (Ihr gehört auch das „Kleeblatt“ in Frankenberg) der Frau des Hauptangeklagten die Table-Dance-Bar verpachtet hat.

Richter Mirko Schulte verlas aus den Akten ein Schreiben, mit dem die Besitzerin der Siemensstraße 10 den Alt-Mietern in dem Gebäude mitgeteilt hat, dass der Hauptangeklagte künftig ihr Ansprechpartner sei.

☛ **Drei Zeuginnen sind nicht auffindbar, zwei wollten nicht kommen**

Schulte erklärte, gegen die beiden Angeklagten, den Betreiber des Frankenger Bordells und seine Geschäftsführerin, komme sowohl ein Berufsverbot wie auch die Einziehung unrechtmäßig erworbenen Vermögens in Betracht. Das Gericht hatte gestern erneut Schwierigkeiten, Zeugenaussagen zu bekommen. Richter Schulte berichtete, dass drei von der Verteidigung angeforderte Zeuginnen nicht auffindbar sind: Sie seien an ihren angegebenen Wohnorten nicht bekannt. Teilweise hätten sie Alias-Namen angegeben. Zwei weitere Zeuginnen, die im Ausland leben, hätten schriftlich erklärt, dass sie nicht kommen wollten. Eine gab an, sie sei durch die ganze Angelegenheit

in ihrer Existenz bedroht. Eine weitere Ladung zum Gericht könne sie nicht durchstehen.

Dafür erschien überraschend ein bereits zweimal geladener Zeuge, der zwischenzeitlich in die Niederlande ausgereist war. Ihn hat die Hauptbelastungszeuginnen im Prozess als den Mann benannt, der sie in das Frankenger Bordell verschleppt habe. Der Mann gab vor Gericht an, er könne sich an nichts aus der fraglichen Zeit erinnern. Zu der Verbringung von zwei Frauen in das Bordell wollte der Zeuge keine Aussage machen, um sich nicht selbst zu belasten.

☛ **Vaupel: Die Ehefrau des Angeklagten hat noch keine Anträge gestellt**

Aus Sicht der Stadt Marburg hat sich nach dem gestrigen Verhandlungstag im „Kleeblatt-Prozess“ keine neue Sachlage ergeben: Oberbürgermeister Egon Vaupel (SPD) erklärte auf Anfrage dieser Zeitung, die Stadt Marburg habe bislang nur über einen Bauantrag entschieden. Und dieser Bauantrag sei nicht von der Ehefrau des Angeklagten unterzeichnet worden. Die betreffende Frau beabsichtige offenbar, ein „Tanzlokal mit Wellnessbereich“ zu betreiben. Dafür seien dann gewerbe- und ordnungsrechtliche Genehmigungsverfahren notwendig. Entsprechende Anträge würden der Stadt bisher aber nicht vorliegen.

Vaupel merkte an, dass erst im Rahmen dieser gewerbe- und ordnungsrechtlichen Prüfungen der Zuverlässigkeit von Antragstellern erfolgen. Im Rahmen von Baugenehmigungsverfahren sei dies noch nicht der Fall. Er versicherte, dass die Stadt alle Personen, die in dem Großbordell ein Gewerbe betreiben wollen, genau „unter die Lupe genommen“ werden. Allein die Tatsache, dass eine der vermutlichen Antragstellerinnen mit einem der Angeklagten im Kleeblatt-Prozess verheiratet sei, bedeute aber noch nicht, dass die Frau als unzuverlässig betrachtet werden müsse. Im Genehmigungsverfahren habe die Stadt Marburg gar nicht das Recht, die Ablehnung eines Antrags mit möglichen Verfehlungen des Ehepartners eines Antragstellers zu begründen.

Dass es enge Verbindungen zwischen den im Kleeblatt-Prozess Angeklagten und den künftigen Betreibern des Bordells in Marburg gibt, überrascht den Oberbürgermeister ebenfalls nicht. Vaupel erklärte, dass die Stadt den Prozess sehr aufmerksam verfolge und dass sie darüber hinaus sehr genau prüfe, wer bezüglich des geplanten Bordells in der Siemensstraße die handelnden Personen seien.

Die MNZ berichtet von der Mitgliederversammlung des **SPD-Ortsvereins Marburg Nord** unter Vorsitz von Ulrich Severin. **Die Mitglieder erklärten, daß es Gründe gebe, die für das Großbordell in der Siemensstraße sprächen:**

Für Menschen, denen aufgrund körperlicher oder geistiger Benachteiligungen eine Beziehung verwehrt bleibe, biete die Prostitution die einzige Möglichkeit körperliche Nähe zu erfahren. Insofern erfülle die Prostitution durchaus eine gesellschaftliche Funktion.

24.03.2006

Das **Amtsgericht Marburg** verurteilt den ehemaligen Betreiber des Frankenger Bordells „Kleeblatt“ zu zwei Jahren und vier Monaten Haft. In seiner Urteilsbegründung bezeichnet der Richter die in dem Prozeß zutage getretenen Vorgänge als „Blaupause“ dessen, was man über Menschenhandel wisse. Außerdem verhängt das Gericht ein dreijähriges Berufsverbot gegen den Angeklagten. Dieser hatte monatelang die Bauarbeiten in der Siemensstraße beaufsichtigt und hatte auch gegenüber dem Zoll Gießen erklärt, im Auftrag seiner Frau als Bauleiter für das geplante Bordell in Marburg-Wehrda tätig zu sein. Seine Ehefrau werde die Konzession für den Bereich Table Dance und Wellness beantragen.

Ein Zusammenhang zwischen dem Angeklagten und den Betreibern des neu geplanten Bordells in der Siemensstraße in Marburg war von OB Vaupel bestritten worden. Ein solcher Zusammenhang wurde in der Gerichtsverhandlung mehrmals festgestellt (u.a. durch die Aussage eines Zollbeamten aus Gießen) und ist damit höchstrichterlich bewiesen.

Mit dem Berufsverbot für den Angeklagten soll sichergestellt werden, dass der Ex-Bordellbetreiber seine Geschäfte nicht über „Strohleute“ ungehindert weiterbetreibt.

12.04.2006

Die von dem Akteneinsichtsausschuß vorgenommene Akteneinsicht endete am 06.03.06. Die Fragen der Fraktionen lagen am 8. März dem Magistrat zur Beantwortung vor. In einer öffentlichen Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses **war von OB Vaupel fest zugesagt worden**, daß die Fragen innerhalb einer Woche beantwortet würden, sollten Nachfragen beim Regierungspräsidium nötig sein, evtl. etwas später. Auf alle Fälle aber sollten alle Fragen vor der Kommunalwahl am 26. März geklärt sein. Daraufhin stimmten die Fraktionen zu, das Thema nicht in den Wahlkampf einzubeziehen.

Die feste Zusage des OB wurde nicht eingehalten. Bis heute (vier Wochen später) ist noch keine Frage öffentlich beantwortet und auch noch kein Termin für eine Sitzung des Akteneinsichtsausschusses bekannt gegeben worden.

Laut Mitteilung im Express sind von den Mitgliedern des Akteneinsichtsausschusses 69 Fragen zu den Vorgängen um die Genehmigung des Großbordells in der Siemensstraße gestellt worden.

09.05.2006

Die MNZ berichtet unter der Überschrift "**Bordell-Bauleiter schlägt zu**", dass der als zukünftiger Betreiber des Bordells in der Siemensstraße 10 und jetzt als Bauleiter dort fungierende Angeklagte vom Amtsgericht Marburg wegen Körperverletzung und Bedrohung zu einer Geldstrafe verurteilt wurde. Er hatte Anfang Januar einem noch in dem Gebäude mit seinem Betrieb ansässigen Mieter mindestens einen Schlag versetzt und ihm gedroht ihn zu töten.

12.05.2006

In einem Schreiben an den Oberbürgermeister vom 12.05.06 mahnt die BI die Beantwortung der von den Mitgliedern des Akteneinsichtsausschusses gestellten Fragen an. **Die 69 Fragen lagen dem Magistrat am 08.03.06 vor.**

15.05.2006

OB Vaupel antwortet auf den Brief der BI vom 12.05.06 und teilt mit, dass "der Magistrat (...) ein außerordentlich großes Interesse daran" hat, "die wiederholt vorgebrachten Unterstellungen über Unregelmäßigkeiten bei der Erteilung der Baugenehmigung für das Bordellprojekt Siemensstraße 10 zu widerlegen."

[Anm.: Dieses "**außerordentlich große Interesse**" ist angesichts der gesamten Verfahrensweise von Seiten des OB und des Magistrats für die BI nicht erkennbar.]

MNZ 9.5.06

Bordell-Bauleiter schlägt zu

Gericht verhängt Geldstrafe

Marburg (ky). Das Marburger Amtsgericht hat den derzeitigen Bauleiter des Großbordells in der Marburger Siemensstraße gestern wegen Körperverletzung und Bedrohung zu 3200 Euro Geldstrafe verurteilt. Das Gericht sah es als erwiesen an, dass der Angeklagte, der ehemalige Lebensgefährte der Eigentümerin, Anfang Januar einem Mieter des Gebäudes mindestens einen Schlag versetzt und ihm gedroht hat, ihn zu töten.

Richter Dirk Schauß hatte bei der Verhandlung mit zwei völlig unterschiedlichen Versionen der Tat zu tun: Gegenüber der Polizei hatte der damals Angegriffene unmittelbar nach dem Vorfall angegeben, der 44-jährige Bauleiter habe ihm mehrfach mit der Faust auf den Hinterkopf und in den Nacken geschlagen. Anschließend habe der Mann gedroht, ihn mit einem Baseballschläger zu erschlagen oder von einem Dritten umbringen zu lassen, wenn er nicht „verschwinden“ würde. Auch die Angestellten des Opfers hatten diese Version bestätigt.

Einer der Polizeibeamten gab gestern vor Gericht zudem an, das Opfer sei nach der Tat extrem verängstigt gewesen und habe nur nach Zusage von polizeilichen Schutzmaßnahmen überhaupt eine Aussage machen wollen.

Vor Gericht stellte der Geschlagene die Sache gestern völlig anders dar: Er habe sich mit dem Bauleiter schon länger im Streit über die Miete befunden, ein Wort habe das andere gegeben, und vielleicht habe der 44-Jährige ihn beim Gestikulieren aus Versehen am Kopf getroffen. Er habe sich inzwi-

schen mit seinem damaligen Widersacher geeinigt und werde das Gebäude zum Monatsende räumen. An einer Strafverfolgung habe er kein Interesse mehr. Auch die Angestellten des Mannes gaben nun an, nichts gesehen sondern nur Geräusche gehört zu haben. Und die könnten auch vor Schlägen auf den Schreibtisch herrühren.

Die Frage des Staatsanwaltes, ob er immer noch bedroht werde, unterbrach der Zeuge mit dem heftigen Einwand, er habe sich zu keinem Zeitpunkt bedroht gefühlt. Ein Angestellter gab an, am Freitag ein Gespräch mit Chef über die Gerichtsverhandlung und die inzwischen erzielte Einigung gehabt zu haben. Er sei aber nicht beeinflusst worden.

■ Angeklagter gibt einen Schlag zu

Der Angeklagte gab vor Gericht die Drohungen und einen Schlag mit der flachen Hand zu. Er sei eben „ausgerastet“, weil sein Kontrahent wegen angeblicher Mängel monatelang die Miete zurückbehalten habe und das Bordellunternehmen dadurch in finanzielle Schwierigkeiten geraten sei.

Das Gericht verurteilte den 44-Jährigen schließlich wegen Körperverletzung in mindestens einem Fall und Bedrohung zu einer Geldstrafe von 3200 Euro. Den Angaben des Angeklagten, er verdiene im Gewerbe rund 1600 Euro im Monat, schenken weder Richter noch Staatsanwalt Glauben. Als Indiz nahm Schauß unter anderem das Luxusauto des Angeklagten: „Da kosten ja schon die Reifen mehr als 5000 Euro.“

16.05.2006

Vertreter von CDU und ML fragen im neu konstituierten Haupt- und Finanzausschuss nach, **warum die von OB Vaupel gemachte Zusage, dem Akteneinsichtsausschuss (AEA) vor den Kommunalwahlen (26.03.06) die gestellten Fragen zu beantworten, nicht eingehalten wurde.** Der Oberbürgermeister antwortet, dass 69 Fragen vom Akteneinsichtsausschuss gestellt wurden. Davon seien 2 Fragen an das RP gegangen; auf deren Beantwortung warte man jetzt. Die übrigen 67 Fragen und Antworten würden jedoch erst dann bekannt gegeben, wenn auch die noch ausstehenden zwei Antworten des RP vorlägen.

19.05.2006

In der StVS vom 19.05.06 wiederholt OB Vaupel diese Aussagen auf Nachfrage der FDP, wann die Fragen des Akteneinsichtsausschusses beantwortet würden und die abschließende Sitzung des Ausschusses stattfände. Er fügt hinzu: Nach der Kommunalwahl bestehe der Akteneinsichtsausschuss nicht mehr und daher sei eine abschließende öffentliche Sitzung im Haupt- und Finanzausschuss nicht möglich. Die Antworten auf die Fragen würden an den Stadtverordnetenvorsteher Löwer (SPD) bzw. den Ältestenrat verwiesen.

Eine CDU-Stadtverordnete bezeichnet dieses Verfahren als eine **Täuschung der Öffentlichkeit.** Schließlich sei ausdrücklich zugesagt worden, dass der Akteneinsichtsausschuss seine Arbeit über den 26.03.06 (Kommunalwahl und Ende der Legislaturperiode) hinaus fortsetzen könne. Sie wird vom Stadtverordnetenvorsitzenden zurechtgewiesen: Die rechtlichen Gegebenheiten, die sie offensichtlich nicht kenne, könne sie nicht dem Magistrat anlasten. [Anm.: Die Kenntnis dieser rechtlichen Gegebenheiten muss jedoch bei OB Vaupel und dem Magistrat vorausgesetzt werden. Das heißt: OB Vaupel hat wissentlich eine nicht haltbare Zusage gemacht. Insofern ist der Vorwurf der Täuschung der Öffentlichkeit zutreffend.]

30.05.2006

Die OP berichtet unter der Überschrift "**Bürgerinitiative wirft Magistrat 'Verschleppungs-taktik' vor**" über die Kritik der BI an der weiterhin ausstehenden Beantwortung der Fragen des Akteneinsichtsausschusses. Sie berichtet außerdem, dass sich die BI an den Petitionsausschuss des Hessischen Landtags und den Regierungspräsidenten gewandt habe.

28.06.2006

Die OP zieht Bilanz nach dem ersten Amtsjahr von OB Vaupel. In dem Interview mit ihm **sagt Vaupel, dass es die BI nicht geschafft habe, an der Glaubwürdigkeit der Politik zu rütteln.** Er selbst und der Magistrat seien von Anfang an einen klaren Weg gegangen. Dies werde durch das Ergebnis des Akteneinsichtsausschusses bestätigt.

In ihrem Leserbrief vom 11.07.06 reagiert die BI auf diese Aussage des Oberbürgermeisters und wiederholt die wesentlichen Punkte ihrer Kritik, die den "klaren Weg" des Magistrats be- weisen: das Großbordell in der Siemensstraße zu genehmigen und nicht zu verhindern.

Leserbrief „**Vaupel hat die Bürgerinitiative öffentlich diffamiert**“ vom 11.07.06

LESERBRIEF

OP 11.07. 2005

„Vaupel hat die Bürgerinitiative öffentlich diffamiert“

Zur Bilanz über das erste Jahr von Egon Vaupel als Oberbürgermeister:

Nach einem Jahr im Amt antwortet OB Vaupel unter anderem auf Fragen des OP-Redakteurs Giergert zur Bordelldebatte (siehe OP vom 28. Juni). Er stellt fest: „Die BI hat es keineswegs geschafft, an der Glaubwürdigkeit der Politik zu rütteln, wie Sie in Ihrer Frage unterstellen. Der Magistrat und ich als Oberbürgermeister sind von Anfang an einen klaren Weg gegangen.“

Das stimmt. OB Vaupel und der Magistrat der Stadt Marburg hatten von Anfang an nicht die Absicht, das geplante Bordell mit Laufhaus zu verhindern. Das hat nicht nur die BI festgestellt, sondern es er-

gibt sich auch aus den Fragen und Feststellungen des Akteneinsichtsausschusses:

1. Es wurde wochenlang ohne Baugenehmigung mit Wissen der Stadt in der Siemensstraße 10 gebaut.

2. Erst die BI beantragte einen Baustopp.

3. Es lagen keinerlei berechnete Regressforderungen der potenziellen Bordellbetreiber vor, auf die aber OB Vaupel immer wieder hinwies.

4. OB Vaupel wusste um die engen Verbindungen des Angeklagten im Menschenhandelprozess zu den potentiellen Betreibern/Konzessionären des geplanten Bordells.

5. Die Genehmigung für das Bordell ist im Magistrat am 5. Dezember erfolgt, ohne dass das von der BI in Auftrag ge-

gebene Gutachten von RA Dr. Hauck-Scholz in die Entscheidung einbezogen worden ist. Diese Einbeziehung war allerdings von Seiten der Stadt

Herrn Dr. Hauck-Scholz zugesichert und von den Stadtverordneten einstimmig beschlossen worden.

6. Der OB gab ein Rechtsgutachten in Auftrag, das „die Zulässigkeit“ eines Bordells in der Siemensstraße 10 prüfen sollte, während der Antrag der Stadtverordneten lautete:

„... alle Möglichkeiten zu prüfen, um die Einrichtung des Bordells zu verhindern.“

Statt diese Feststellungen zu widerlegen beziehungsweise zuzugeben, hat OB Vaupel mit aktiver Unterstützung von Dr. Spies (MdL) und Sören Bartol (MdB) die BI öffentlich in der

Presse diffamiert („Kritiker werfen mit Dreck“, „machen infame Unterstellungen“, „Vorwürfe der BI haben absurden und maßlosen Charakter“).

Wer in dieser Weise diffamiert statt argumentiert, erschüttert selbst seine eigene Glaubwürdigkeit.

Die 69 Fragen des Akteneinsichtsausschusses sind immer noch nicht öffentlich beantwortet worden.

Auch das trägt nicht zur Glaubwürdigkeit der politischen Entscheidungsträger bei.

(die Bürgerinitiative „Gegen die Einrichtung eines Großbordells in Marburg-Wehrda“)

30.06.2006

Am 30.06.06 gehen die Antworten des Magistrats auf die Fragen des Akteneinsichtsausschusses bei den Fraktionsvorsitzenden ein. Die BI erhält Kenntnis derselben.

06.07.2006

In der Sitzung des Bau- und Planungsausschusses fragt der StV Köster (ML) wegen der dreimonatigen Verzögerung der Beantwortung der Fragen des Akteneinsichtsausschusses nach. Der RP habe, wie inzwischen bekannt, zweimal um die Präzisierung einer der beiden Fragen gebeten. **Der Magistrat sei der zweimaligen Bitte des RP jedoch nicht nachgekommen. Das lege die Absicht der Verzögerung nahe.** Bürgermeister Kahle antwortet darauf: Die Frage stamme vom StV G. (Bündnis 90/Die Grünen), der es abgelehnt habe, seine Frage zu präzisieren.

[Anm.: Die Frage stammte jedoch vom Vorsitzenden der SPD-Fraktion und des Akteneinsichtsausschusses Becker, und war von diesem in einer sprachlich und inhaltlich völlig unverständlichen Form gestellt und trotzdem so vom Magistrat in dieser Form an das RP weitergegeben worden.]

14.07.2006

In der StVS vom 14.07.06 nehmen die Oppositionsparteien Stellung zu den Antworten des Magistrats auf die Fragen des Akteneinsichtsausschusses. **Die Stadtverordnete Gottschlich (CDU) benennt mehrere Punkte, die auch die BI bereits moniert hatte und die durch die Akteneinsicht bestätigt wurden.** Die Stadtverordneten der SPD und von Bündnis 90 / Die Grünen reagieren lautstark. Ein Stadtverordneter der SPD bezichtigt die CDU-Stadtverordnete sogar der wiederholten Lüge. Der zu erwartende Verweis des Stadtverordnetenvorstehers Löwer (SPD) bleibt aus. Der Fraktionsvorsitzende der SPD, Reinhold Becker hatte bereits zuvor festgestellt, die Antworten des Magistrats bewiesen "klipp und klar", dass dieser sich an Recht und Gesetz gehalten habe. Der Vorwurf der Verschleppungstaktik sei absurd. Im Übrigen sei zu fragen, ob es der Bürgerinitiative überhaupt um den Schutz der in dem Bordell arbeitenden Frauen gehe.

OB Vaupel geht auf keinen der von den Oppositionsparteien vorgetragenen Punkte ein. Er sieht sich und den Magistrat von allen Vorwürfen durch das RP eingewaschen, das die "baurechtliche Ordnungsmäßigkeit" der Baugenehmigung bescheinigt hat. Er wiederholt wider besseres Wissen seinen Vorwurf an die BI und RA Dr. Hauck-Scholz, sie hätten der Verwaltung Aktenmanipulation unterstellt und erhält dafür den Beifall von SPD und Grünen.

[Anm.: Der SPD-Fraktionsvorsitzende Becker bezeichnet den von der BI gemachten Vorwurf der Verschleppungstaktik als absurd. Dabei vergisst er, dass er der Fragesteller war, dessen unverständliche Fragen an das RP weitergegeben wurde. Auf die erste Aufforderung des RP, die Fragen zu präzisieren, reagierte der rot-grüne Magistrat nicht, nach der zweiten Aufforderung ließ er das RP wissen, dass der Fragesteller nicht ausfindig zu machen sei. Er selbst sehe sich „außer Stande, die aus der Stadtverordnetenversammlung gestellte Frage zu präzisieren oder gar zu interpretieren“. Richtig ist:

1. Die Frage wurde nicht aus der Stadtverordnetenversammlung, sondern von Herrn Becker mit seinem Namen versehen gestellt. Das war jederzeit und problemlos feststellbar. 2. Der Magistrat hat zwei selbst ihm unverständliche Fragen an das RP zur Beantwortung weitergegeben. Das ist absurd und bestätigt nur den Vorwurf der BI.]

Leserbrief vom 25.7. „Auf solche Bürgervertreter können wir gern verzichten“

OP, 25. Juli 2006

Auf solche Bürgervertreter können wir gern verzichten

Leserbrief zum OP-Bericht „Formal oder Moral? Streit um das Bordell“ vom 17. Juli:

Der SPD-Fraktionsvorsitzende Reinhold Becker hat, laut OP vom 17. Juli, in der Stadtverordnetenversammlung die Frage aufgeworfen, ob es der Bürgerinitiative gegen das neue Bor-

dell wirklich um den Schutz der dort arbeitenden Frauen gehe.

Wer eine solche Frage stellt, beweist damit nur eines: Er will polemisieren und diffamieren. Der Vorwurf der Stadtverordneten Gottschlich, er diffamiere die BI, um den Magistrat reinzuwaschen, ist daher der einzige Schluss, den

man aus Beckers „Frage“ ziehen kann.

Was dem SPD-Chef offenbar nicht bewusst ist: Bei der Bürgerinitiative gegen das Großbordell in der Siemensstraße und denen, die sie in ihrem Engagement unterstützen, handelt es sich um Bürger und Bürgerinnen dieser Stadt.

Wenn Becker meint, das An-

liegen dieser Menschen diffamieren zu müssen, ohne wahrscheinlich je ein Wort mit ihnen geredet zu haben, hat er sich als Kommunalpolitiker selbst disqualifiziert.

Auf solche Bürgervertreter können wir gern verzichten.

14.07.2006

Vom Landgericht Marburg wird ein 29-jähriger Menschenhändler aus Polen zu vier Jahren Haft verurteilt. Er hatte mehrfach Frauen aus Osteuropa unter falschen Versprechungen nach Deutschland gebracht **und nach ihrer Ankunft zur Prostitution gezwungen**, u. a. im Frankenberger Bordell "Kleeblatt" des damaligen Betreibers L., der am 24.03.06 vom Amtsgericht Marburg wegen Menschenhandels zu zwei Jahren und vier Monaten Haft verurteilt wurde. L. war als Bauleiter in der Siemensstraße 10 aufgetreten.

21.07.2006

In einer Pressekonferenz nimmt die BI in Anwesenheit von RA Hauck-Scholz zu den Antworten des Magistrats an den AEA Stellung. **Die Bürgerinitiative sieht sich sowohl durch die Fragen des AEA als auch die Beantwortung durch den Magistrat in allen Punkten ihrer Kritik bestätigt.** Das Baugenehmigungsverfahren sei in seinem gesamten Verlauf von Ungereimtheiten, Widersprüchen, Halbwahrheiten und falschen Aussagen geprägt. Die Stadt habe ihrerseits nichts getan, das Bordell zu verhindern, im Gegenteil.

26.07.2006

Die ARD berichtet in "**Brisant**" über das "Erotic Island" in der Siemensstraße 10 und dessen am gleichen Tag bevorstehende Eröffnung. **Von der "Geschäftsführerin" des Bordells ist zu hören, dass man von der Stadt "sehr gut" behandelt worden sei.** Als neuer Betreiber tritt Thomas Toelle in Erscheinung, der den im Mai vom Amtsgericht verurteilten B. ersetzt. Zur Eröffnung des Bordellbetriebs haben sich etwa 25 Demonstranten der BI ab 18.00 Uhr vor dem Bordell mit Transparenten und Trillerpfeifen versammelt. Außer dem HR-Fernsehen sind der Deutschlandfunk und Vertreter der Presse erschienen. **Gegen 18.30 Uhr betritt die persönliche Referentin von OB Vaupel, Brigitte Bohnke das Bordellgelände.** Dem Reporter des DLF sagt sie, dass sie als Privatperson, als interessierte Bürgerin, gekommen sei.

27.07.2006

Unter Kontakte inseriert das "Erotic Island" in der OP mit "Die Rotlichtmeile im Herzen Europas". Im Internet wirbt das Etablissement mit seinen "Partnern", den Bordellen "Villa Kleopatra", "Chausseehaus" und dem Frankenberger Bordell "Kleeblatt", das durch den Prozess wegen Menschenhandels und Zwangsprostitution Schlagzeilen machte.

01.08.2006

Die OP veröffentlicht den Leserbrief der der BI angehörenden VertreterInnen der Organisationen von Terre des Femmes, Zonta, medica mondiale, evangelische Frauenarbeit und der Diakonie. **Sie weisen die Behauptung des SPD-Fraktionsvorsitzenden Becker, ob es der BI überhaupt um den Schutz der Frauen gehe, als "völlig haltlose Behauptung" zurück.** (Siehe dazu "Leserbriefe".)

Leserbrief „Haltlose Behauptungen des SPD-Fraktionsvorsitzungen“ v. 01.08.06

OP v. 01.08.06

Haltlose Behauptungen des SPD-Fraktionsvorsitzenden

<p>Zur Berichterstattung über die Eröffnung des Bordells in der Siemensstraße:</p> <p>In der Stadtverordnetenversammlung vom 14. Juli hat der SPD-Fraktionsvorsitzende Becker während der Debatte um die Genehmigung des Bordells in Marburg-Wehrda die Frage aufgeworfen, ob es der BI überhaupt um den Schutz der Frauen gehe (siehe auch OP vom 17. Juli).</p> <p>Als Vertreterinnen und Ver-</p>	<p>treter der Frauen- und Menschenrechtorganisationen Terre des Femmes, der Zonta-Frauen, von medica mondiale, der Diakonie und der evangelischen Frauen- und Friedensarbeit stellen wir dazu fest:</p> <p>Seit langen Jahren ist der Schutz von Mädchen und Frauen, die Gewalt erfahren, eines der Hauptanliegen unserer Organisationen. Insbesondere widmen diese sich dem Schutz und der Hilfe von Prostituierten und Zwangsprostituierten – deutschlandweit und weltweit.</p>	<p>Vertreterinnen dieser Organisationen sind auch in der Bürgerinitiative gegen das Bordell in Wehrda tätig. Sie haben im Vorfeld der Bordellgenehmigung mit fünf großen Veranstaltungen im Rathaussaal und in der Elisabethkirche sowie bei einem Bußtagsgottesdienst in der Pfarrkirche auf die mit Prostitution, Zwangsprostitution und Frauenhandel verbundenen Probleme aufmerksam gemacht. Sie haben außerdem in Hunderten von Gesprächen bei der Sammlung der 3500</p>	<p>Unterschriften gegen das geplante Bordell die Bevölkerung dafür sensibilisiert.</p> <p>Die völlig haltlose Behauptung des SPD-Fraktionsvorsitzenden Becker weisen wir daher im Namen unserer Organisationen entschieden zurück.</p> <p>Ingrid Lee (Terre des Femmes), Ursula Gehring (Zonta-Frauen), Inge Hauschildt-Schön (medica mondiale), Andrea Wöllenstein (PfarrerIn für evangelische Frauenarbeit), Maik Dietrich-Gibhardt (Diakoniefarrer)</p>
---	---	---	---

19.11.2006

Die BI Marburg schließt sich mit der BI Schorndorf und dem Bündnis für Weinheim zum **„Netzwerk gegen Ausbeutung in der Prostitution“** (www.nw-gegen-ausbeutung-in-der-prostitution.de) zusammen. Das Netzwerk hat zum Ziel, den Kampf der Bürgerinitiativen gegen die Ausbeutung der Frau als Ware, gegen Zwangsprostitution und Menschenrechtsverletzungen und gegen die industrialisierte Form der Prostitution verstärkt und überregional fortzusetzen. Darüber hinaus wollen die drei Initiativen insbesondere auf die Erfahrungen, die sie im Verlauf ihrer Aktionen in ihren Kommunen gemacht haben, aufmerksam machen.

02.01.2007

Die Beratungsstelle FIM nimmt ihre Arbeit im Rathaus auf. Sie wurde im Zuge der Genehmigung des Großbordells eingerichtet und schlägt mit rund 37 000 Euro pro Jahr zu Buche.

20.02.2007

Die OP berichtet über den **Rosenmontagsumzug in Marburg** an dem 43 Gruppen teilnahmen. Aufsehen erregte **die Teilnahme des Großbordells "Erotic Island"** mit einem großen "Motivwagen" und dem aufgedruckten Motto "Wir blasen euch den Marsch", mit Plakaten und Werbeflyern, auf denen für "Gang-Bang-Parties" und andere "Events" geworben wurde. **Außerdem ist in der OP vom 20.02. zu lesen:** "So fuhr das Marburger Dreigestirn selbstverständlich im Rosenmontagszug mit: **Stadträtin Dr. Kerstin Weinbach**.....als Partygast mit Sonnenbrille, **Bürgermeister Dr. Franz Kahle** alsMartin Luther in Mönchskutte und **Oberbürgermeister Egon Vaupel** als Oberbürgermeister Egon Vaupel mit Narrenkappe."

23.02.2007

In der Stadtverordnetensitzung **kritisiert die FDP-Fraktion die Teilnahme des Großbordells am RMZ und dass der Magistrat im Vorfeld nichts dagegen unternommen habe.**

OB Vaupel: Der Festausschuss des Marburger Karnevalsvereins und nicht der Magistrat entscheide, wer am RMZ teilnehme. Der Magistrat entscheide lediglich über seine Teilnahme. Von dem "Gerücht", dass auch das Bordell "Erotic Island" beteiligt sein werde, habe er zwei Tage vorher erfahren.

[Anm.: Der Vorsitzende des Marburger Karnevalsvereins ist ehrenamtliches Mitglied des Magistrats. Eine Nachfrage bei diesem hätte genügt, um sich des "Gerüchts" zu versichern.]

08.03.2007

Am 08.03. berichtet die OP, **dass FDP und Marburger Linke gegen die Teilnahme des Großbordells am Rosenmontagszug protestieren.** Da ihnen die "bislang zurückhaltende Reaktion des Magistrats" unverständlich sei, beabsichtigt die Marburger Linke, **einen Missbilligungsantrag** in die nächste StVS einzubringen.

16.03.2007

Die OP berichtet von einem **Beschluss des Magistrats.** Danach hat der Festausschuss des Marburger Karnevalsvereins in Zukunft auf die Einhaltung folgender Punkte zu achten: Werbung für jugendgefährdende Angebote in jedweder Form an Motivwagen sei untersagt. Nicht erlaubt seien "sexistische oder frauenfeindliche oder menschenverachtende und rassistische Darstellungen und Aussagen auf Motivwagen". Außerdem weist der Magistrat die Kritik von FDP und der Marburger Linken, dass er in Kenntnis der Teilnahme des Großbordells auch am RMZ teilgenommen habe, damit zurück, **dass er lediglich als Gast am Umzug teilnehme.**

[Anm.: Der Magistrat ist Schirmherr des Rosenmontagszugs und unterstützt diesen in jedem Jahr mit einem nicht unerheblichen Zuschuss. Das heißt: Er nimmt als Schirmherr und nicht als Gast teil. Das Bordell hat somit unter der Schirmherrschaft des Magistrats am RMZ 2007 teilgenommen.]

26.03.2007

Der Schul- und Kulturausschuss befasst sich mit dem Antrag der FDP und der Marburger Linken für die bevorstehende Stadtverordnetensitzung. Dazu darf sich der Schausteller und Zugmarschall Adi Ahlendorf ohne Zustimmung des Ausschusses äußern. **Laut Ahlendorf war einzig und allein er für die Teilnahme des Bordells am RMZ verantwortlich.(!!!)** Im Verlauf der Diskussion wird kritisiert, dass der Magistrat in Kenntnis der Teilnahme des Bordells auch am Umzug teilgenommen habe. **Dazu die Schul- und Kulturdezernentin Weinbach: "Ich habe mir nichts dabei gedacht."**

[Anm.: Die Werbeflyer mit der Internetadresse des Bordells landeten auch in den Händen vieler Kinder und Jugendlicher. Mit wenigen Klicks konnten diese auf der Website des "Erotic Island" zu Produkten der Pornoindustrie, u. a. auch drei Pornofilmsequenzen – eine davon mit Schwangeren-Sex – gelangen und diese downloaden.]

30.03.2007

In der StVS stellen die Fraktionen der FDP und der Marburger Linken ihren Antrag und nehmen dazu Stellung. Die Stadtverordneten Schwebel (FDP), Metz (Marburger Linke) und Gottschlich (CDU) äußern sich in ihren Redebeiträgen zu den Gegebenheiten des Rotlichtmilieus, u. a., wie Frauen im Internet und in Stadtmagazinen angeboten und welche "Dienstleistungen" verlangt werden. Sie versuchen, dem Parlament einen Eindruck zu vermitteln, wem und was mit der Teilnahme des "Erotic Island" am RMZ eine Bühne geboten wurde. **Die zahlreichen Zwischenrufe der SPD-Fraktion und der Fraktion der Grünen gehen von unsachlich über unverschämt bis beleidigend.** In ihrem Redebeitrag äußert sich die Stadträtin und Kulturdezernentin Dr. Weinbach u. a. wie folgt:

"Wann hat der Magistrat erfahren, dass der Wagen mitfährt? Der Oberbürgermeister hat gesagt, zwei Tage vorher gerüchteweise, das wird dann der Samstag gewesen sein. Am Montag Mittag, wir standen mit ein paar Leuten, ich glaube es war der hauptamtliche Magistrat, draußen, da kam dann quasi die Bestätigung, dass das wohl so sein wird und dass man dann halt gucken wird, dass halt auch nichts läuft, was nicht zulässig ist, soweit man das kontrollieren kann, wie man ja sieht. So, es sind aber natürlich, auch das hat der Magistrat ja klar gestellt, nicht an der Entscheidung beteiligt worden, ob das stattfinden kann."

Frau Weinbach bestätigt damit, dass die Teilnahme des Bordells dem Magistrat rechtzeitig bekannt war und dieser keinen Grund gesehen hat, auf seine Teilnahme zu verzichten.

Der Missbilligungsantrag der Marburger Linken, mit dem das Stadtparlament aufgefordert wird, die Teilnahme des Bordells am Rosenmontagszug 2007 zu beanstanden, **wird mit der Stimmenmehrheit von SPD und Bündnis 90/Die Grünen abgelehnt.**

27.04.2007

Die OP berichtet unter der Überschrift **"Streetworkerinnen beraten im Bordell" - "Angebot im Rathaus wird nicht genutzt"** über die im Zuge der Bordellgenehmigung vom Magistrat beschlossene **"Beratungsstelle für Frauen in der Prostitution"**.

Danach wurde die Anlaufstelle im Rathaus **bislang von keiner Prostituierten genutzt. Darüberhinaus sei eine kontinuierliche Beratung der Frauen in Bordellen aufgrund des häufigen Personalwechsels nicht möglich.**

28.04.2007

Das Netzwerk gegen Ausbeutung in der Prostitution (www.nw-gegen-ausbeutung-in-der-prostitution.de) führt seine **Auftaktveranstaltung "Prostitution – Mythen und Wirklichkeit" in Marburg durch.** Zum Thema referieren: Manfred Paulus (Kriminalhauptkommissar i. R.), Sabine Constabel (Gesundheitsamt Stuttgart), Inge Bell (TV-Journalistin mit Schwerpunkt Osteuropa), Lenka N. (ehemalige Zwangsprostituierte) und Dagmar Plum (Solwodi). Außerdem berichten VertreterInnen der drei Bürgerinitiativen über die Erfahrungen, die sie mit den politischen Entscheidungsträgern ihrer Kommunen gemacht haben. An der Veranstaltung nehmen Vertreterinnen der Stadtfractionen der FDP, Marburger Linken und der CDU teil. Im ersten Teil der Veranstaltung sind der **Stadtverordnetenvorsteher Heinrich Löwer** (SPD) und die **persönliche Referentin des OB, Brigitte Bohnke** anwesend.

02.05.2007

Die Sprecherin der BI, Inge Hauschildt-Schön erhält einen Brief des Oberbürgermeisters Vaupel, der auch an die Fraktionsvorsitzenden, Vertreter der Kirchen, die Frauenbeauftragten von Stadt, Landkreis und Universität, die Marburger Tafel und die SprecherInnen der Bürgerinitiativen von Weinheim und Schomdorf gegangen ist. In seinem Schreiben bezieht sich Vaupel auf Äußerungen der BI-Sprecherin in ihrem Erfahrungsbericht anlässlich der Netzwerkveranstaltung vom 28.04.07. Außer nachweislich falschen Zitaten unterstellt OB Vaupel, dass Frau Hauschildt-Schön „eine Kampagne gegen mich als Oberbürgermeister der Universitätsstadt (...)“ betreibe. (Siehe dazu Vaupels Brief unter Informationsveranstaltung „Prostitution – Mythen und Wirklichkeit“.)

18.05.2007

Frau Hauschildt-Schön geht in einem Schreiben an Oberbürgermeister Vaupel auf die in seinem Brief erhobenen Vorwürfe ein. Da ihr eine wortgleiche Dokumentation der von ihr vorgetragenen Feststellungen vorliegt, kann sie diese wortgetreu wiedergeben. Außerdem **nehmen Vertreterinnen der BI am 16.05.07 zu dem Brief des OB Stellung.** Mit Schreiben vom 18.05.07 äußern sich auch zwei in der Veranstaltung anwesende **Rechtsanwältinnen des Bündnisses für Weinheim.** (Siehe dazu unter Informationsveranstaltung „Prostitution – Mythen und WirklichkeitBriefe.) Sie alle erhalten auf ihre Schreiben keine Antwort.

01.06.2007

In der Stadtverordnetensitzung vom 01.06.2007 erklärt OB Vaupel, 'er glaube seinen Leuten und habe es daher nicht nötig, auf die Briefe zu antworten.' **Für die üble Nachrede entschuldigt er sich nicht und hält wider besseres Wissen an seinen falschen Behauptungen fest.**

22.05.2007

Die Sprecherin der BI ist zu Gast in der ARD-Sendung "Menschen bei Maischberger". Thema: Hure – ein Beruf wie jeder andere? Die Sendung wird von 2,3 Millionen ZuschauerInnen verfolgt.

11.06.2007

Die OP berichtet über eine Messerstecherei im Bordell "Erotic Island" in der Nacht vom 08. auf den 09. Juni. Laut Polizeibericht ging es bei dem mit Messern und Schlagwerkzeugen ausgetragenen Streit um 50 000 Euro, die drei Männer von den Bordellbetreibern eintreiben wollten. OB Vaupel, von der OP auf die Kritik der BI angesprochen, dass mit der Ansiedlung des Etablissements auch die Gewaltkriminalität nach Marburg kommen werde: **Bereits vor Jahren habe es eine ähnliche Auseinandersetzung in einem anderen Bordell in Marburg gegeben. Vaupel betonte, dass er nicht das neue Bordell nach Marburg geholt habe, sondern dass es baurechtlich keine Chance gegeben habe, die Ansiedlung des Betriebes zu verhindern.**

[Anm.: 1) OB Vaupel bezieht sich auf eine Auseinandersetzung, die im Dezember 1991 in einem Etablissement im Marburger Bahnhofsviertel mit Baseballschlägern und Messern ausgetragen wurde. Die Ermittlungen in dem im Zuhältermilieu angesiedelten Fall gestalteten sich als umfangreich und langwierig, so dass die gerichtliche Aufarbeitung der Auseinandersetzung bis heute nicht beendet ist. Mittlerweile hat das Justizministerium in Wiesbaden einen schriftlichen Bericht des Marburger Landgerichts angefordert. 2) Die Stadt Marburg hatte mehrere Möglichkeiten der Verhinderung des Bordells in der Siemenstraße (siehe Gutachten des Fachanwalts für Verwaltungsrecht, Dr. Hauck-Scholz)].

OP, MONTAG, 11. JUNI 2007

Streit im Bordell mit Messern ausgetragen

Drei Verletzte nach Auseinandersetzung in Marburg-Wehrda

Marburg. Eine Messerstecherei im neuen Bordell in Marburg sorgte in der Nacht zu Samstag für einen Großeinsatz der Polizei.

von Manfred Hitzeroth

Noch sind nicht die Ergebnisse aller Vernehmungen bekannt, doch soviel steht fest: Der am Freitag gegen 23 Uhr mit Messern und Schlagwerkzeugen ausgetragene Streit war eine Auseinandersetzung im Rotlicht-Milieu, bei der eine Abordnung von drei Männern vergeblich 50 000 Euro von den Betreibern des Bordells eintreiben wollte. Die Besucher wurden nach ersten Recherchen der Polizei wahrscheinlich von Mitarbeitern der Bordellbetreiber mit Gewalt vertrieben. Dies erläuterte ein Sprecher des Führungs- und Lagedienstes vom Polizeipräsidium Mittelhessen der OP gestern auf Anfrage. Die Tatbeteiligten machten nach Polizeiangaben widersprüchliche Angaben zu dem Geschehen.

Ein Taxifahrer hatte die Polizei per Notruf benachrichtigt,



Das Bordell in Marburg, in dem ein Streit in der Nacht zu Samstag eskalierte und zu drei Verletzten führte. Foto: Waldinger

als er die drei verletzten Männer auf dem Platz vor dem Bordell gesehen hatte. Zwei der Opfer waren verletzt und mussten sofort operiert werden. Polizisten umstellten in der Nacht zum Samstag das Gebäude und nahmen drei mutmaßliche Täter fest, einen vierten ermittelten sie später.

„Das war ein ganz klarer Versuch der Schutzgelderpressung“, sagte Bordellbetreiber Frank Breitbarth der OP gestern auf Anfrage. Breitbarth gab an, dass die drei Besucher plötzlich die Messer gezogen hätten, als er auf diese Forderung nicht eingegangen sei. Daraufhin hätten er und seine Männer sich gewehrt. Die Stichverletzungen seien den drei Eindringlingen jedoch seines Wissens nach erst auf dem Parkplatz zugefügt worden.

Mehr auf „MARBURG“

Streit beginnt in der Bordell-Küche

Polizei umstellt Gebäude in der Siemensstraße · Bordellbetreiber: „Das war Schutzgeld-Erpressung“

Marburg. Eine Messerstecherei mit drei Verletzten in dem neuen Bordell in der Siemensstraße rief in der Nacht zum Samstag die Polizei auf den Plan.

Fortsetzung von Seite 1
von Manfred Hitzeroth

Freitag Nacht ab kurz nach 23 Uhr war das Bordell in der Siemensstraße weiträumig von Polizisten mit einer Hundestaffel abgesperrt. Die Polizei war von einem Taxifahrer alarmiert worden, die drei verletzte Männer direkt vor dem Haus gesehen hatten. Was sich zuvor in dem Bordell abgespielt hat, darüber liegt der Oberhessischen Presse eine Pressemitteilung der Polizei vom Samstag vor.

Ersten Recherchen der Streifenbeamten und der Kriminalpolizei zufolge ging es bei dem mit Messern und Schlagwerkzeugen ausgetragenen Streit darum, dass die drei später verletzten Männer von den Bordellbetreibern 50000 Euro einreiben wollten. Daraufhin kam es zu einer Auseinandersetzung mit vier Männern, von denen kurz darauf bei einer Durchsuchung von Einsatzkräften des Polizeipräsidiums Mittelhessen drei festgenommen wurden.

Der vierte mutmaßliche Täter konnte laut Polizeibericht wenig später „ermittelt“ werden.

Zwei der Opfer wurden schwer verletzt und mussten sofort operiert werden. Einer der Männer erlitt eine schwere Bauchwunde, befindet sich jedoch laut Polizei außer Lebensgefahr. Der genaue Tathergang liegt nach Angaben der Polizei noch im Dunkeln, zumal demnach alle Beteiligten widersprüchliche Angaben machen. Die Männer sollen laut Polizei zwischen 37 und 58 Jahren alt sein und allesamt aus Mittelhessen stammen.

Auf Anfrage der OP erzählte der Bordellbetreiber Frank Breitbarth, wie sich die Auseinandersetzung in der Nacht von Freitag auf Samstag abgespielt haben soll. „Das war eine ganz klare Erpressung. Die hatten sich angemeldet und wollten zu einem Treffen kommen, um ein Gespräch zu führen“, erzählte Breitbarth. Dann hätten die drei Männer plötzlich gefordert, dass sie 50000 Euro zu kriegen hätten.

Der Betreiber habe daraufhin zu den Männern gesagt, dass das nicht in Frage komme und dass das jetzt gleich geklärt werden müsse.

Daraufhin hätten die Besucher ihre Messer gezückt. „Dann haben wir uns gewehrt, und es ging ein Gemenge in der



Das Bordell in der Siemensstraße war in der Nacht zum Samstag Schauplatz einer blutigen Auseinandersetzung.
Foto: Rainer Waldinger

Küche los“, berichtet Breitbarth. In der Panik sei unter anderem auch ein Stuhlbein zur Verteidigung benutzt worden. Bei der Auseinandersetzung sei auch ein „Security“-Mann des Bordells schwer verletzt worden. Dieser sei jedoch schon im Klinikum gewesen, als die Polizei kam. Die Stichverletzungen der drei Männer, die die Polizei nach ihrer Flucht nach draußen vorgefunden habe, sind für den Bordell-Betreiber nur so zu erklären, dass sie diesen auf dem Parkplatz von Dritten zugefügt

worden seien. „Das ist nicht in der Küche passiert“, sagte er. Breitbarth betonte, dass der Betrieb des Bordells mittlerweile wieder aufgenommen worden sei.

Im Vorfeld der Diskussion um die Genehmigung des Bordells in der Siemensstraße hatten Kritiker von der Bürgerinitiative gegen das Großbordell angeordnet, dass mit der Ansiedlung des Etablissements auch die Gewaltkriminalität nach Marburg kommen werde.

Zu dem Vorfall von Freitag-

nacht sagte Oberbürgermeister Egon Vaupel auf Anfrage der OP, dass es nicht zum ersten Mal in Marburg zu einem solchen Vorfall gekommen sei. Bereits vor mehreren Jahren habe es eine ähnliche Auseinandersetzung in einem anderen Bordell im Marburger Bahnhofsviertel gegeben. Vaupel betonte jedoch, dass der Magistrat das neue Bordell nicht nach Marburg geholt habe, sondern dass es baurechtlich keine Chance gegeben habe, die Ansiedlung des Betriebes zu verhindern.

12.06.2007

Unter **“Widersprüchliche Aussagen über Messerstecherei im Bordell”** berichtet die OP am 12.06. über den Fall, bei dem 30 Polizeibeamte im Einsatz waren und vier Männer aus dem Rotlichtmilieu verletzt wurden, einer davon schwer. Die bei der Auseinandersetzung der 10 Beteiligten zum Einsatz gekommenen **Tatwaffen waren verschwunden**. Laut Polizeisprecher Ahlich sei die von Bordellbetreiber Breitbarth gemachte Aussage, dass es sich um eine Schutzgelderpressung handle, nicht gesichert, da nicht feststehe, wer Täter und wer Opfer sei. **“Gerüchte, wonach Zuhälter-Banden die “Reviere” neu abstecken, wollte Ahlich weder bestätigen noch dementieren”**, so die OP.

Nach Messerstecherei alle wieder frei

Polizei hat keine Waffen gefunden · Bordellkritikerin: „Befürchtungen bestätigt“

Marburg. Ein Opfer der Messerstecherei in dem Marburger Großbordell vom Freitagabend liegt noch im Krankenhaus. Die anderen wurden entlassen. Ausreichende Haftgründe lagen nach Auskunft der Polizei nicht vor.

von Uwe Badouin OP, 12. JUNI 2007

Noch ist nach Angaben des Marburger Polizeisprechers Martin Ahlich nicht klar, wer am Freitagabend bei der mit Messern und Schlagwaffen geführten Auseinandersetzung in dem Bordell „Erotic Island“ Täter und wer Opfer war. Sicher ist bislang nur: Vier Männer wurden zum Teil schwer verletzt, alle sind der Polizei aus dem Rotlicht-Milieu bekannt und alle sind wieder auf freiem Fuß. Die Waffen hat die Polizei nicht gefunden.

Die Marburger Bordellkritikerin Inge Hauschildt-Schön sieht unterdessen „alle Befürchtungen bestätigt, dass dieses Milieu mit Kriminalität verbunden ist“. Mehr auf „MARBURG“



Ein Polizeiauto fährt Freitagnacht am „Erotic Island“ in Marburg vor. Mehr als 30 Beamte waren an dem Großeinsatz beteiligt. Foto: Rainer Waldinger

Widersprüchliche Aussagen über Messerstecherei im Bordell

OP, 12. JUNI 2007, DIENSTAG

Polizei: Zehn Männer an Auseinandersetzung beteiligt · Keine Waffen gefunden

Marburg. Die Polizei hat alle Beteiligten an der Messerstecherei im Marburger Großbordell „Erotic Island“ wieder auf freien Fuß setzen müssen. Ausreichende Haftgründe lagen nicht vor.

Fortsetzung von Seite 1 von Uwe Badouin.

Mehr als 30 Beamte aus dem gesamten Kreisgebiet und aus angrenzenden Landkreisen waren nach Auskunft des Marburger Polizeisprechers Martin Ahlich am Freitagabend in der Industriestraße im Einsatz. Sie sperrten das gesamte Gelände des Bordells weitläufig auf.

Vier Männer wurden bei der Auseinandersetzung im Rotlicht-Milieu verletzt, einer davon so schwer, dass sein Leben mit einer Notoperation gerettet werden musste (die OP berichtete). Die anderen trugen nach Auskunft Ahlichs verschiedenste Schlag- und Stichverletzungen davon. Messer oder andere Tatwaffen fand die Marburger Polizei allerdings nicht – sie waren verschwunden.

Ein Mann ist nach wie vor stationär in der Klinik untergebracht, alle anderen sind auf freiem Fuß. Nach Rücksprache mit der Staatsanwaltschaft lagen keine ausreichenden Haftgründe vor, so Ahlich. Es bestehe weder Flucht- noch Verdun-



Im Bordell „Erotic Island“ gab es eine Messerstecherei. Der Betreiber spricht von „Schutzgelderpressung“. Foto: Waldinger

kelungsgefahr.

Gerufen wurde die Polizei gegen 23 Uhr von einem Taxifahrer, der drei schwer verletzte Männer vor dem Bordell gesehen hatte – und nicht vom Bordellbetreiber, der nach eigener Aussage zuvor von den drei Männern bedroht worden sein soll. Das sei schon ungewöhnlich, meinte Ahlich.

Die Verhöre der Beteiligten – die Polizei rechnet noch fünf bis sechs weitere Männer dazu, die keine Verletzungen davontrugen – brachten bislang nur wenig Erkenntnisse. Weder die drei Verletzten aus dem

Großraum Frankfurt noch Mitarbeiter des Bordells waren besonders auskunftsfreudig. Alle an der Auseinandersetzung Beteiligten sind nach Auskunft Ahlichs jedoch der Polizei bekannt. Die drei Männer aus dem Großraum Frankfurt, die den Aussagen des Bordellbetreibers ein „Schutzgeld“ in Höhe von 50 000 Euro gefordert hatten, seien allerdings im Marburger Raum bislang nicht aufgetreten, so Ahlich weiter.

„Wer Täter und wer Opfer ist, steht bis jetzt nicht fest“, sagte Ahlich. Zu widersprüchlich sind die Aussagen. So sei auch

noch nicht gesichert, ob es sich tatsächlich um eine Schutzgelderpressung handelt. Gerüchte, wonach Zuhälter-Banden, die „Reviere“ neu abstecken, wollte Ahlich weder bestätigen noch dementieren.

Sicher scheint: Die Ermittlungen der Marburger Kriminalpolizei werden noch eine ganze Weile dauern. Kunden und Angestellte – zwischen 20 und 40 Personen –, von denen die Polizei in der Nacht die Personalien aufgenommen hat, müssen noch vernommen werden. Erst dann entscheide die Staatsanwaltschaft, ob und wie Anklage erhoben werde.

Auch die Stadt will erst das Strafverfahren abwarten. „Sollte sich der Betreiber strafbar gemacht haben, dann hat die Stadt eine Handhabe gegen das Bordell vorzugehen“, erklärte Dieter Oberländer, Leiter des Fachdiensts Öffentliche Sicherheit, gestern der OP.

Die Marburger Bordellkritikerin Inge Hauschildt-Schön sieht unterdessen „alle unsere Bedenken bestätigt, dass dieses Milieu offensichtlich mit Kriminalität verbunden ist“. Sie fürchtet: „Wenn man so miteinander umgeht, dann ist damit zu rechnen, dass man auch mit den dort arbeitenden Frauen nicht freundlicher ist.“ Es sei an der Zeit, dass man in Marburg „mit dem Nachdenken beginnt“, meinte die Sprecherin der Bürgerinitiative gegen das Großbordell.

LESERBRIEF

Ausbeutung und Gewalt im Rotlicht-Milieu sind Alltag

Zu unseren Artikeln über die Messerstecherei vor dem Marburger Großbordell:

Ausbeutung und Gewalt sind im Rotlicht-Milieu betriebsbedingte Bestandteile und werden es auch zukünftig sein.

Bedenken insoweit wurden seitens des Magistrats unter Hinweis auf die Seriosität der Kaufleute – Bordellbetreiber – im Vorfeld zerstreut. Ein Bordell ist eben kein gewöhnlicher eingerichteter und ausgeübter Gewerbebetrieb, sondern ein Gewerbe, das mit der öffentli-

chen Sicherheit und Ordnung permanent in Konflikt gerät.

Auch in gewerberechtlicher Hinsicht könnten sich Bedenken ergeben, ob eine Weiterführung des Bordellbetriebes noch mit Recht und Gesetz vereinbar ist.

Lautere Kaufleute gehen nicht mit gefährlichen Werkzeugen aufeinander los, um die Diskussion um angebliche Forderungen zu beenden. Bau-rechtlich sei alles in Ordnung, sagt der Magistrat, wie schön, Augen zu ... und durch!

29.11.2010

Die **Oberhessische Presse** kündigt an, dass am 30.11.2010, gut drei Jahre nach der gewaltsamen Auseinandersetzung im „Erotic Island“ (s. www.bi-gegen-bordell.de „Historie“), der **Prozess gegen 9 Männer aus dem Rotlichtmilieu beginnt**. Sie sollen im Juni 2007 in dem Marburger Bordell drei Albaner mit Messern und Baseballschlägern schwer verletzt haben. Die Männer sind wegen versuchten Totschlags angeklagt.

01.12.2010

Die **Bürgerinitiative bi-gegen-bordell.de** beginnt mit der Dokumentation der Presseberichte über die einzelnen Verhandlungstage (s. dazu „Bordellprozess“).

Sie erinnert in diesem Zusammenhang an eine Einschätzung des **Kriminalhauptkommissars i.R. Manfred Paulus**, Autor von „Frauenhandel und Zwangsprostitution, Tatort: Europa“:

„Das Rotlichtmilieu ist eine Parallelgesellschaft – mit eigenen Gesetzen, eigenen Richtern und – wenn es sein muß – mit eigenen Henkern.“

(Manfred Paulus am 21.11.2005 bei einer **öffentlichen Informationsveranstaltung der Marburger Bürgerinitiative noch vor der offiziellen Genehmigung des Bordells**. Manfred Paulus verfügt über jahrelange Erfahrung im Bereich Rotlichtkriminalität.)